

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904**

70 (25.2.1904) Badischer Landtag. 33. öffentliche Sitzung der Zweiten  
Kammer

# Karlsruher Zeitung.

№ 70.

Donnerstag, 25. Februar.

1904.

## Badischer Landtag.

### 33. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer am Mittwoch, den 24. Februar 1904.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Geh. Rat Dr. Schenkel, Ministerialdirektor Geh. Rat Geil, die Geh. Oberregierungsräte Dr. Glogner, Straub und Weingärtner, die Ministerialräte Nebe, Seibert und Dr. Niefer.

Präsident Dr. Günner eröffnet die Sitzung kurz nach 1/2 10 Uhr vormittags.

Sekretär Hohrhurst verliest den neuen Einlauf:

Petition der Gemeinden Furtwangen, Schönwald und Triberg um Gewährung eines Staatszuschusses von 457 500 M. zum Bau einer elektrischen Bahn Triberg-Furtwangen.

Der Präsident teilt weiter ein Schreiben des Staatsministeriums mit, wonach Seine königliche Hoheit der Großherzog mit Staatsministerialentscheidung vom 22. d. M. anzuordnen geruht hat, daß Herr Ministerialdirektor Geh. Rat Becker bis auf weiteres mit der Leitung des Finanzministeriums betraut bleibt.

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein:

Fortsetzung der allgemeinen Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Ministeriums des Innern für 1904 und 1905. Ausgaben Titel I—VII, IX—XI, XX und XXI und Einnahmen Titel I und II, (— Druckfache Nr. 14 —).

Abg. Lutz: Nach siebenstündiger Debatte wären wir jetzt beim Kulturkampf angelangt. Es macht den Eindruck, als ob der Abg. Obkircher nicht hätte abwarten können, dem Hause seinen berühmten Parade Gaul vorzureiten. Wenige Herren im Hause werden mit diesem deplazierten Husarenritt einverstanden sein. Er war zu früh. Der Kommandeur des nationalliberalen Regiments hat vielleicht im Stillen gedacht: Wer reitet denn hier in meinem Regiment herum? Ich erkläre für meine Partei, daß wir im Kulturkampf nicht mittun, auch nicht in der Debatte. Allerdings haben wir unsere Freude daran, wenn wir zusehen, wie in diesem Hause links und rechts Geschosse herüber und hinüber fliegen und die Parteien sich gegen-

seitig Wahrheiten oder auch Unrichtigkeiten an den Kopf werfen. Der Herr Minister Schenkel hat gemeint, wir sollten den Satz „Religion ist Privatsache“ umbiegen, wir sollten auch religiöse Menschen werden. Angesichts dieser Debatte müssen wir mit den Worten des Altmeisters sagen: Was ist Religion?

Damit will ich aber nicht sagen, daß die Herren vom Zentrum so ganz integer vitae scelerisque purus wären, auf deutsch gesagt, daß sie ganz hafenrein wären. Davon ist gar keine Rede. Sie haben im Wahlkampf gegen uns geleistet, was menschenmöglich und sogar unmöglich ist. Wir werden später bei Gelegenheit noch den Herren vom Zentrum den Frack ausklopfen. (Heiterkeit.) Die Wahl-agitation der Geistlichen war sehr groß. Natürlich handelten sie nur wie ihr geistliches Gewissen es ihnen gebot, aber man kann doch auch des Guten zu viel tun. Ich will einen geistlichen Agitator hier denunzieren, weil er es mit seinem geistlichen Gewande vereinbart hat, Lügen und Verleumdungen aufrecht zu erhalten. Dr. Wehrle aus Rothenfels hat mich verdächtigt, ich hätte meinen Parteigenossen in Vietigheim für eine Versammlung 27 Mark abgenommen. Ich konnte natürlich nachweisen, daß ich gar nicht in Vietigheim gewesen sei. Dr. Wehrle hätte hierauf seine Behauptungen öffentlich mit Bedauern zurücknehmen müssen, dies hat er aber nicht getan. Ich habe ihn dann im „Volksfreund“ der Lüge und Verleumdung geziehen und er hat es auf sich sitzen lassen.

Der Fall Balsbach wurde ja im Zentrum in durchaus loyaler Weise bedauert. Uns hat man den Vorwurf gemacht, daß wir dazu geschwiegen hätten. Eines hat mir gefallen, was der Abg. Obkircher betont hat. Es ist eine grobe Ungehörigkeit gewesen, das Mädchen auf die Bank der Gefallenen zu schleppen. Noch ungehöriger ist aber, daß in jetziger aufgeklärter Zeit noch eine solche Bank existiert.

Nach dieser vielversprechenden Einleitung (Heiterkeit) komme ich zum Einzelnen. Zunächst habe ich das Zentrum vorzunehmen. Ich handle nicht nach dem Grundsatz: Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen. Ich habe aber eine persönliche Angelegenheit mit den Abgg. Zehrenbach und Binz zu besprechen. Beide Herren haben die Karlsruher Landtagswahl erörtert. Der Abg. Zehrenbach hat eine schöne pathetische Grabrede für den

legten Mohikaner gehalten, daß ich mich nur gefreut habe und hoffe, daß er noch öfter solche Grabreden halten wird, wo wir als lachende Erben dann am Grabe stehen. Vielleicht wird nächstens der Abg. Mampel begraben (Seiterkeit). Ich will Ihnen aus dem reichen Schatz meiner Erfahrungen einige Grabchriften unterbreiten. Natürlich auch lateinische. „Sic transit gloria mundi“, „Anis Poloniae“. „Fuit Ilium, fuimus Troes“, „de mortuis nil nisi bene“. Auch einige deutsche: „Ueber allen Gipfeln ist Ruh“, oder „Der Herr hats gegeben, der Herr hats genommen, der Name des Herrn sei gelobt.“ (Große Seiterkeit).

Außer den Leidtragenden gibt es noch eine Reihe von Leuten, und zwar mehr als 20 Prozent der Reichstagswähler, die den teuren Toten nicht so sehr nachtrauern würden. Die Konservativen waren einmal in Baden sehr mächtig. Jetzt sind sie heruntergekommen, sie wissen nicht wie. Wenn wir einen Grabstein setzten, so schreiben wir darauf: Gewogen und zu leicht befunden.

Jetzt bin ich mit dem Abg. Fehrenbach fertig, ich war doch sehr anständig. (Seiterkeit. Abg. F e h r e n b a c h: Er lebt noch.)

Jetzt komme ich zum Abg. Binz. Er hat einige Disfreta aus der Karlsruher Wahl erörtert. Ich will gleich sagen, er hat es böse mit uns gemeint, aber die Liberalen von einer großen Dummheit bewahrt. Wenn die Wahl konservativ ausgefallen wäre, hätten wir einen Kollegen, der sich von vorneherein gegen das direkte Wahlrecht erklärt hat. Dies läßt tief blicken, wenn Sie auch nur bei dieser Wahl so weit gehen wollten, einen konservativen Kandidaten zu unterstützen. Abg. Binz hat mir vorgeworfen, daß ich auf den Krüden des Bundes der Landwirte in den Landtag eingezogen sei. Er sollte an das Sprichwort denken: „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen“. Der Abg. Binz wird nicht leugnen, daß er und die Abgeordneten Goldschmit und Fröhlich auf schwarzen Krüden in den Landtag gekommen sind. Wir machen ihnen natürlich keinen Vorwurf, aber was ihnen recht ist, ist uns billig. Binz hat den Wählern vom Bund der Landwirte vorgeworfen, sie hätten mich ab irato gewählt. Dies ist unrichtig und ist unflug, die Leute so zu klassifizieren. Das werde ich gegen die Nationalliberalen ausnützen. Ich meine sogar, diese Leute haben sine ira et studio gewählt, sie haben ganz genau gewußt, daß, wenn sie den Elser nicht durchbringen, sie den Sozialdemokraten wählen. Und das haben die Herren Nationalliberalen selber gewußt.

Ich komme nun zum Abg. Neuhaus. Er hat einige Erörterungen gemacht, die mir in ihrem Grundton nicht mißfallen haben. Er hat allerdings falsche Schlussfolgerungen daraus gezogen. Er hat gesprochen von Stadt und Land und gesagt, daß die Landorte unter den Lasten der Arbeiteransiedlungen zu leiden haben. Er hat gemeint, die Industrie solle sich mehr dezentralisieren und auf das Land hinaus gehen. Die Industrie tut dies ja auch, aber nur da, wo die Verhältnisse günstig sind, wo es billige Rohstoffe, billigen Grund und Boden, günstige Verkehrsverhältnisse und vor allem billige Arbeitskräfte gibt. Man konnte aber aus seinen Ausführungen heraushehren, daß es bedauerlich sei, daß die Leute vom Land, wenn sie in die Stadt zur Arbeit gehen, dort den Sozialdemokraten in die Hände fallen und deren Lehren auf dem Land verbreiten. Wir sind auch dafür, daß die Gemeinden entlastet werden und wir haben diese unsere Anschauungen auch in die Wirklichkeit umgesetzt, denn wir verlangen die Uebernahme der Armen- und Schullasten auf den Staat. Es ist sodann auch im Interesse der gesamten Bevölkerung eine unumgängliche Notwendigkeit,

daß die hygienischen Verhältnisse auf dem Lande gebessert werden. Der Abg. Schmidt hat von einem Reichstagswahlgesetz gesprochen. Wir können das ja abwarten, wir werden dann sehen, was gut oder schlecht daran ist.

Ich komme nun, da ich doch einmal beim Wort bin, und de rebus omnibus et quibusdam aliis reden will, zu dem Automobilwesen. Ich muß den Kollegen Schmid demenzieren wegen Aufreizung zum Massenhaß, denn er hat davon gesprochen, daß die Prozen auf diesen Fahrzeugen auf den Straßen herumfahren. Sie werden sich erinnern an die Zeiten, als das Fahrrad in die Welt kam. Dieser Sport wurde hauptsächlich von den reichen Leuten getrieben, nicht bloß des Sports wegen, sondern auch deshalb, weil die armen Leute dazu nicht imstande waren. Mit dem Willigerwerden der Fahrräder sah man allmählich die reichen Leute von ihrem Stahlroß verdrängen, es war auch nicht mehr neu und zeitgemäß, oder wie ich mich sonst ausdrücken will. (Verschiedene Zurufe.) Ich werde den Ausdruck nachher schon korrigieren. (Große Seiterkeit.) Auch das Automobil ist ein Privileg der reichen Leute, und es ist zum Teil ein Unflug daraus geworden. Es müssen jedenfalls Mittel und Wege gefunden werden, damit der automobillose Bürger ruhig seinen Weges gehen kann. Hoffentlich wird die Verordnung derart, daß wir damit zufrieden sein können.

Was die Verordnung wegen des Barbiergewerbes anlangt, so muß ich, so schwer es mir fällt, der Behörde ein Lob erteilen. Der Abg. Klein hat diese Verordnung als eine lächerliche bezeichnet. Ich muß allerdings sagen, daß einzelne Bestimmungen darin sind, die den Anschein des Lächerlichen hervorrufen können. Vielleicht darf ich die Vermutung aussprechen, daß beim Erlaß der Verordnung kein Fachmann zugezogen worden ist, wenn doch, dann möchte ich sagen, daß diese Herren nicht den Mut der Ueberzeugung gehabt haben. Es ist zum Beispiel die Bestimmung darin: „Die Papierervieten und Wattenbäusche sind nach jedesmaligem Gebrauche zu verbrennen. Wer aber klug ist, der hebt diese schon auf, denn es ist ein wertvolles Material wie Lumpen. Ich möchte doch bei dieser Verordnung die guten Seiten hervorheben.“

Ich habe hier eine vom Bezirksamt Achern erlassene Bekanntmachung über den Betrieb des Friseur- und Barbiergewerbes. Es heißt da:

„Zur Verhütung der Uebertragung von Hautkrankheiten in den Friseur- und Barbiergeschäften empfehlen wir folgende Punkte der allgemeinen Beachtung . . .“

Wir bitten die Friseure und Barbier, diese Vorsichtsmaßregeln im Interesse der Gesundheit ihrer Kunden wie in ihrem eigenen Interesse genau zu beachten.

Aber auch das Publikum wolle selbst darauf achten, daß die genannten Vorsichtsmaßregeln jeweils eingehalten werden.“

Das tut dem Untertanengemüt wohl, wenn man auch einmal gebeten und nicht immer verboten wird. Eine derartige Bestimmung, in diesem Ton gehalten, kann ich nur loben. In den Städten sorgt ja die Konkurrenz dafür, daß weniger Mißstände vorkommen. Auf dem Lande dagegen wird das Rasiergewerbe noch sehr salopp gehandhabt. Ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung erzählen, daß ich einmal in einem Ort war, wo die Leichenfrau rasierte und diejenigen Kunden, die gut daran waren, bei denen sie vorher nur auf die Seite spuckte. Der Volkswitz sagt, sie spuckte auch den Kunden ins Gesicht.

Nun zu einer ernsteren Sache, dem Militärverbot. Der Herr Minister hat erklärt, er könne an dieser Sache nichts machen. Ich glaube aber, er würde sich den Dank verdienen.

Sozialdemokratie verdienen, vielleicht ist ihm auch einmal daran gelegen, von dieser Seite ein Lob zu ernten, wenn er den Versuch machen würde, ob es nicht möglich wäre, die bestehenden Mißstände zu beseitigen. Das Mißstandsverbot widerspricht auch jeglicher Moral, namentlich das Volk muß sich darüber aufregen, wenn es bedenkt, daß es einen großen Teil beisteuern muß zu den Kosten des Heeres.

Ich komme zu der weiteren Frage der zwischen den Ärzten und den Krankenkassen bestehenden Differenzen. Auf das Einzelne will ich hier nicht eingehen, diese Differenzen sind ja in ganz Deutschland vorhanden. Ich will nur anerkennen, daß, wenn die Ärzte im Seekreis tatsächlich sich geweigert haben, Mitglieder der Krankenkassen zu behandeln, das Ministerium dann im Namen der *salus rei publicae* mit Recht eingeschritten ist. Allein die Sache liegt viel tiefer. Bei dem Arztstand haben sich unerträgliche Zustände entwickelt. Es ist nicht zu verkennen, daß die meisten Ärzte nicht mehr nach dem Grundsatz leben können: *Dat Galenus opes plurimas*. Unter den Ärzten hat sich geradezu ein Proletariat herausgebildet. Durch die Sicherung des Einkommens, das die Krankenkassen gewähren, hat ein Ausströmen der Ärzte stattgefunden und jetzt ist eine Ueberfüllung vorhanden. Deshalb steht in unserem Programm die Forderung: Verstaatlichung des Arztwesens und damit Hand in Hand des Apothekerwesens. Der Abg. Benedey hat von außerordentlich hohen Prozentsätzen der Apotheker gesprochen, das hat er sich nicht sehr überlegt und damit manchem Apotheker großes Unrecht getan. Auch der Apothekerstand ist heute nicht mehr auf Kosten gebettet. Wenn man nicht von Hause aus einen großen Geldbeutel hat oder nicht eine reiche Frau heimführt oder in der Wahl der Eltern nicht so vorsichtig ist, daß man gleich als Apothekerkind auf die Welt kommt, so fällt es schwer eine Apotheke zu kaufen. Die Misere auf dem Land ist so groß, daß die meisten Apotheker keinen Gehilfen halten oder ihre Kinder in die Schule schicken können. Abhilfe kann auch hier nur dadurch geschaffen werden, daß das Apothekenmonopol kassiert und der staatliche Betrieb der Apotheken eingeführt wird.

Der Abg. Muser hat den Gedanken einer großen liberalen Partei angeregt. Es ist notwendig, daß auch ein Vertreter der Sozialdemokratie sich hierzu äußert, namentlich nach der Melodie, die der Abg. Obkircher als Rattenfänger von Hameln gesungen hat. (Heiterkeit.) Die Jungliberalen, die den Hauch der Neuheit etwas verspürten, haben sich ja im letzten Wahlkampf nicht stritte gegen die Sozialdemokratie erklärt. Die Ultraliberalen dagegen erklärten stolz: „Wir führen den Kampf nach zwei Fronten, gegen die Roten und die Schwarzen.“ (Heiterkeit.) Die Demokraten unterstützen wir Sozialdemokraten trotz ihrer agrarischen Seitenstränge. Der Mensch ist ja ein Produkt seiner Umgebung. (Heiterkeit.) Ich meine damit nicht Jahr-Land. (Heiterkeit.) Als Schwanz angehängt — an die Nationalliberalen oder die Demokraten — ist der Freisinn. Ich will ihn nicht heruntersehen und sagen, er sei eine Eintagsfliege. Wir gehen mit den Liberalen Hand in Hand, soweit sie mit uns gehen. Wir müssen abwarten, ob die Nationalliberalen sich so weit maufern, daß wir ihnen helfen können, den verschobenen Karren herauszuziehen. (Zuruf von den Nationalliberalen: Das ist nicht nötig!)

Auf die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses kommen wir später noch zu sprechen. Für heute möchte ich nur sagen: der Grund- und Bodenwucher ist ein schlimmer Wucher; je bald er gepackt wird, desto besser ist es. Was die Verkehrssteuer anlangt, so will der

Staat von ihr an die Gemeinden nichts ablassen, sondern diesen nur das Recht eines Zuschlags einräumen. Da machen wir nicht mit. Die Akzise sollte gesetzlich nicht allein vom Käufer, sondern zur Hälfte auch vom Verkäufer getragen werden.

Mein Genosse Lehmann hat die Polizeistunde zur Sprache gebracht. Ich will ihm keinen Vorwurf daraus machen, daß er dies getan hat, wohl aber daraus, daß gerade er darauf zu sprechen kam. Er hätte das trinkbaren Leuten wie mir oder dem Genossen Süßkind überlassen sollen. (Große Heiterkeit.) In Württemberg hat man überhaupt keine Polizeistunde. Dort ist es in das Belieben des Wirts gestellt, wann er die Wirtschaft zuschließen will. Anders ist es in Baden. (Redner fährt als Kuriosum an, daß in manchen Hotels die Gäste, so bald die Polizeistunde im Wirtszimmer geboten ist, im Nebenzimmer dann weiter trinken.) Die Polizeistunde könnte man bei uns ebenso gut abschaffen. Ich möchte das Ministerium bitten, doch auch etwas Rücksicht zu nehmen auf die Junggesellen, die keine liebende Hausfrau oder keine Haushälterin haben. (Heiterkeit.)

Mein Kollege Lehmann hat sodann weiter die Prostitution berührt. Der Herr Minister meinte, er hätte das lieber nicht tun sollen, weil ja auch Damen zuhörten. Der Meinung bin ich nicht. *Nihil humani a me alienum est!*

Der Abg. Pfeifferle kam auf die Verpachtung der Jagden durch die Gemeinden zu sprechen. Ich muß das gleiche tun, weil doch jeder Abgeordnete für seinen Wahlkreis eintreten muß und ich das bisher noch nicht tun konnte. Die Bauern aus meinem Wahlkreis klagen sehr darüber, daß sie den Wildschaden tragen müssen, ohne daß man sie dafür entschädigt.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen komme ich jetzt zum speziellen Teil und zwar zum Abg. Goldschmit. Ich freue mich, daß er anwesend ist; er hat einen ziemlich hübschen Kavalier auf uns entladen, in dem wirklich schöne Sachen sind. Er hat uns eine Knütteltheorie und Knüttelpiagis vorgeworfen. Er hat durchblicken lassen, daß wir uns eigentlich mit dem Eid abfinden und daß wir Aktenstücke benützen, die rechtswidrig in unseren Besitz gekommen sind, daß wir eine Klassenmoral haben und ganz schlechte Kerle sind. Darüber will ich mit dem Abg. Goldschmit nicht streiten. Anders malt sich in diesem Kopf die Welt, als in unsern Köpfen. So schlechte Kerle sind wir doch nicht, im Gegenteil. Der Herr Minister hat offen anerkannt, daß wir uns alle Mühe geben, die unteren Klassen zu heben. Wir können mit Stolz sagen, daß wir in dieser Richtung schon viel geleistet haben. Der Abg. Goldschmit hat uns vorgeworfen, daß wir Versammlungen sprengen, und hat auf die hiesige Versammlung hingewiesen. Ich und viele meiner Kollegen haben das Auftreten einiger Genossen durchaus mißbilligt. Ich kann von Ihnen ja nicht verlangen, daß sie nach dem Grundsatz handeln: *tout comprendre c'est tout pardonner*, aber bei der Siedehitze dieser Wahlkämpfe kann man derartige Ausschreitungen, wenn auch nicht billigen, so doch begreifen; auch extra muros, bei den Liberalen ist viel gesündigt worden. Ich habe eine lange Leporelloliste aufgestellt, die ich in extenso verlesen werde. Sie betrifft Eindrungen und Sprengungen sozialdemokratischer Versammlungen durch die Nationalliberalen. Ich bin selbst eine *demonstratio ad hominem*. Im Jahre 1878 hat man mich direkt in die Sozialdemokratie hineingeworfen. In einer nationalliberalen Honoratiorenversammlung in der Pfalz gab es eine heftige Diskussion. Ein Professor erging sich in den gewagtesten Deduktionen. Ich sagte: Hören Sie mal, es gibt keinen Unfuss, den noch nicht ein deutscher Professor behauptet hätte. Da haben

mich die Herren die Treppe hinunter geworfen und haben gesagt, ich soll Sozialdemokrat werden. Da habe ich gesagt, jetzt bleibe ich auch drin. Derartige Ueberfälle kamen massenhaft vor. Im Jahre 1887 gab es in Stuttgart eine wilde Schlägerei. Das Spital lag voll verletzter Sozialdemokraten. Der Staatsanwalt hat sich nicht darum gekümmert. Wir waren einfach vogelfrei. Ich komme zu speziell badischen Vorfällen. In Mönchweil er machte im Jahre 1903 der protestantische Pfarrer einen Heidenlärm und Spektakel. In Helmsheim machten die Nationalliberalen großen Lärm. In Hüfingen hat der gesetzestundig sein sollende Vertreter des Bezirksamts eine sozialdemokratische Versammlung unterbrochen, weil sie nicht angemeldet und nicht zur rechten Zeit begonnen worden sei. Im Jahr 1886 spielte sich in Weinheim ein Lederfabrikant übel auf. Das Gas wurde ausgedreht und zwei Sozialdemokraten verletzt. Im Jahre 1887 hatten unsere Leute förmliche Ambulanzen in Hockenheim eingerichtet. Einem Hauptstreiter von demokratischer Seite mußte die Sozebärbel mitgegeben werden. In Oppenau wurde der Abg. Marbe in den Bach geworfen, in Destrungen wurde der konservative Kandidat v. Marschall durch das Fenster gejagt. In Müppurr mußte der dicke August Dresbach das Hafspanier ergreifen, bei seiner Korpulenz keine Kleinigkeit. In Lauterbach hat der Abg. Süßkind seinen Strumpf verloren. (Heiterkeit.) Im Jahre 1878 nahmen die Nationalliberalen im Gambinusgarten von Baden-Baden dem Genossen Vehmman unter Vorantritt des Bürgermeisters Seefels das Bureau weg und beschränkten unsere Leute in der Redezeit auf 10 Minuten. Sie selbst redeten natürlich unbeschränkt. Seefels hielt eine donnernde Rede gegen die Sozialdemokratie, die die christliche Ehe zerstöre. Zwei Jahre später wurde er mit Pension seines Amtes enthoben wegen unerlaubter Beziehungen zu der Frau eines Polizeikommissärs. Das genügt. Den Dresdener Parteitag will ich stillschweigend übergehen. (Große Heiterkeit.)

Ich komme last not least zum Herrn Minister. Zunächst will ich ihn verteidigen. Der Genosse Fehrenbach (große Heiterkeit), der Abg. Fehrenbach hat sich erlaubt, die Lektüre des Herrn Ministers von Voltaire zu bemängeln. Kollege Müser hat dem Herrn Minister Voltaire dringend empfohlen. Gen. Eichhorn hat dem Herrn Minister die sozialdemokratischen Schriften dringend ans Herz gelegt. Wenn jetzt noch Mampel und Burkhard kämen und ihre Schriften empfehlen wollten, ging es dem Herrn Minister wie jenem Bauern, der seinen Esel selbst zum Markt tragen mußte. Der Herr Minister hat in seiner letzten Rede die Ausführungen gegen die Sozialdemokratie in dankenswerter Weise ergänzt. Seine erste Rede enthielt ein völlig rüttelt Maß von Anschuldigungen und war ein Echo seiner Durlacher Rede. In Durlach hat er uns vorgeworfen, daß wir es an Respekt gegen die obersten Spitzen des Staats fehlen ließen. Ich weiß nicht, ob sich dieser Vorwurf gegen bestimmte Personen richtete, oder allgemein gehalten war. Im letzteren Falle möchte ich erwidern: wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus. Der Herr Minister hat uns Klassenhaß vorgeworfen. Er weiß nicht, welche wichtige Person er im Lande ist. Was er sagt, ist für gewisse Leute ein Evangelium. Es könnte vielfach mißverstanden werden, wenn er hier solche Worte gegen unsere Partei gebraucht, und einen Widerhall im Lande erwecken, der ihm nicht angenehm ist. Es gibt Beamte, die meinen, sie müßten eine Partei, die der Herr Minister ad tet, doppelt und dreifach ächten. Der Herr Minister sieht gleichsam in einer Turbine; regt er sich, so fahren die auf der Peripherie befindlichen wie verrückt herum. (Heiterkeit.)

Der Herr Minister könnte im Interesse des Friedens im Lande seine Worte etwas reillicher erwägen. Wenn er uns des Klassenhasses zeugt, so kann ich ihm diese Worte zurückgeben. Der Herr Minister, als Vertreter eines Klassenstaates und, nur auch dieses Wort einmal zu gebrauchen, der Bourgeoisie, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sehr oft die Vertreter der Bourgeoisie es sind, die den Klassenhaß durch ihr Auftreten erregen. Die Zeiten sind noch nicht lange her, wo man die sozialdemokratischen Geschäfte boykottiert und durch schwarze Listen den Arbeitern es unmöglich gemacht hat, ihr Brot zu verdienen. Das kommt daher, wenn man von oben her solche Beschuldigungen gegen eine Volksklasse ausspricht. Es ist sodann von einem Sumpf von Blut gesprochen worden, durch den wir waten müßten, um, wenn wir unsere Ideale erreicht glauben, zu sehen, daß es nur eine Fata Morgana war. Der Herr Minister kennt die Geschichte der Menschheit und er weiß, daß die christliche Kultur, die wir haben, nicht nur durch einen Sumpf, sondern auch durch Meere von Blut gewatet ist. Ich nehme für unsere Partei in Anspruch, daß sie die Partei des Friedens ist um jeden Preis. Wir führen den Krieg nur, weil wir durch den Krieg den Frieden zu erreichen suchen, und wenn es uns vergönnt sein sollte, daß unsere Forderungen erfüllt werden sollen, dann sind wir die ersten, die die Waffen in der Arena niederlegen. Die Sozialdemokratie ist eine ausgesprochene Freundin des Friedens. Es geht ihr aber als einer Partei mit einem neuen Evangelium gerade so wie den ersten Christen, die verfolgt und verleumdet wurden. Ich habe mit gläubigen Anhängern einer Richtung das Wort getauscht, daß wir auf dem Boden kämpfen wollen: zeige deinen Glauben in deinen Werken. Wir sind keine Engel; das Gemeine, das allen anhaftet, haftet auch uns an, aber man soll unser Bestreben als ein ehliches anerkennen, dann wird man dahin kommen, daß man uns nicht mit derartig schweren Vorwürfen überhäuft und unsere Aufgabe, die Reorganisation einer überlebten Gesellschaft, nicht so ungeheuer schwer macht. Der Herr Minister hat gesagt, es stehen sich hier zwei Weltanschauungen gegenüber. Das ist richtig; daß sie sich aber nicht vereinbaren lassen, das ist nicht richtig. Daß wir auf dem besten Weg dazu sind, Profolyten zu gewinnen, hat der Herr Minister selbst anerkannt. Wir können also ohne Heugabelrevolution zu unseren Zielen gelangen.

Nach dieser Verteidigungsrede bin ich genötigt, mit dem Herrn Minister über eine Frage mich auseinanderzusetzen. Er hat für sich in Anspruch genommen, daß er dem maßvollen Fortschritt huldbige. Das ist aber ganz selbstverständlich, denn Ueberstürzung hat keinen Wert; es ist aber die Frage, ob der Herr Minister wirklich dem Fortschritt huldbigt. Er liefert uns selbst den besten Beweis für das Gegenteil, indem er erklärt hat, daß von einer Einführung des direkten Wahlrechts für die Gemeindevahlen in allen Gemeinden in absehbarer Zeit nicht die Rede sein könne. Ich möchte ihn darauf aufmerksam machen, daß nach unsrer Ansicht die Vorenthaltung des direkten Gemeindevahlrechts nicht nur nicht ein mäßiger Fortschritt, sondern direkt eine reaktionäre Maßregel ist. Es wäre Pflicht der Regierung, allen Gemeinden ohne Ausnahme das direkte Wahlrecht zu gewähren, und zwar auf Grund der historischen Vergangenheit.

Ich will nun dem Abg. Binz noch einige Sachen vorlesen, der Herr Präsident wird mir die Erlaubnis dazu erteilen, denn ich komme damit zum Ende meiner Rede und es ist kein Grund mehr für die Herren des Hauses, mir entgegenzuhalten: Quosque tandem, Catilina, abutere patientia nostra? Ich habe in ihm einen ausgezeichneten

nellen Bundesgenossen gefunden gegen den Herrn Minister. Ich habe hier eine Schrift von einem Herrn Dr. Gust. Binz, Rechtsanwalt in Karlsruhe, es ist dies aber nicht der Kollege Binz vom Jahre 1904, sondern der radikale Herr Binz vom Jahre 1890. Er hat damals eine Schrift herausgegeben: „Das neue badische Gemeindegesetz vom nationalen und liberalen Standpunkt aus beleuchtet.“ und er hat darin gegen seine Partei eine solche Masse von Vorwürfen gerichtet, daß die Sozialdemokraten keinen besseren Bundesgenossen im Kampf für das direkte Gemeindevahlrecht haben, als den Abg. Binz.

Er sagt in diesem Elaborat: „Ist es gerecht und ist es liberal, einer Gemeinde neun Jahre lang einen Bürgermeister aufzuwingen, der etwa bereits im zweiten Jahre des Amtes, pochend auf die Gunst seines durch schlaue Unterwürfigkeit gewonnenen staatlichen Vorgesetzten, sich darin gefällt, gegenüber den Bürgern den kleinen Pascha zu spielen? Wird nicht der jetzt schon Tag für Tag vom Amt dirigierte und korrigierte Landbürgermeister noch mehr in die der Selbständigkeit der Gemeinde wenig würdige Stelle eines gehorhamen Dieners des Oberamtmanns gedrängt?“

Dann heißt es weiter bezüglich der wahlberechtigten Einwohner: „Ist es gerecht und ist es klug, deutsche Männer, welche in ihrer Person allen diesen gesetzlichen Anforderungen Genüge leisten, und die zumeist des Kaisers Noth im Dienste des Vaterlands getragen haben, zum vornehmsten als zweifelhafte Individuen zu behandeln, welchen die Beteiligung an den Angelegenheiten der Gemeinde nur unter ganz besonderen Vorichtsmaßregeln gestattet werden kann?“

Der Abg. Binz zitiert dann in seiner Schrift die Gründe, welche für die liberale Mehrheit der Kammer von 1869/70 ausschlaggebend erschienen. In dem bezüglichen Kommissionsbericht heißt es: „Es sei in allgemeinen nicht raffam, dem Reichtume, der durch sich selbst schon Macht und Einfluß schafft, noch besondere gesetzliche Vorrechte einzuräumen. Die Beispiele, die uns die Geschichte lehrt, seien auch in der That eher abmahrend als ermunternd zu einem solchen Vorgehen. Sicherlich tue derjenige unrecht und unklug zugleich, welcher das Zusammenleben in einer Gemeinde lediglich oder auch nur vorzugsweise vom vermögensrechtlichen Standpunkt auffasse.“ Weiter werden vom Abg. Binz folgende Sätze aus dem Kommissionsbericht des Abg. Eckhardt zitiert: „Der Unterschied zwischen Reich und Arm tritt schon im Leben selbst überall so mächtig hervor, und der Reichtum besitzt so viele natürliche Mittel, seinen Einfluß geltend zu machen, daß die Gesetzgebung gut daran täte, den Gegensatz nicht noch mehr zu verschärfen.“

Abg. Binz fährt dann fort: „Das waren die Grundsätze der nationalliberalen Partei in den Fragen des Gemeinderechts unseres Landes. Und heute? Ist die gute badische Tradition, welche so oft angerufen wird, hochgehalten und bewahrt worden, als man unser freisinniges Gemeindegesetz, das in langjährigem Kampfe von unseren besten Staats- und Volksmännern geschaffene, unserem Volke liebgewordene Werk vernichtete und die ahnungslosen Gemeinden mit einer rückschrittlichen Ordnung überraschte, welche sie direkt in die plutokratische Engherzigkeit von 1851 zurückführt? Die nationalliberale Partei hat den Glauben verloren an die reinigende und siegende Kraft des liberalen Prinzips. Die blasse Furcht vor dem Ultramontanismus ist an Stelle grundsätzlicher, überzeugungsvoller politischer Arbeit getreten und die Nichtschür ihres Tuns und Lassen geworden.“

„Aufmerksame Beobachter haben längst darauf hingewiesen, daß die soziale Frage, wenn sie auch wesentlich

aus der wirtschaftlichen Entwicklung hervorgegangen ist, durchaus nicht auf dem Niveau einer bloßen „Magenfrage“ stehe, die sich in Wohlgefallen auflöse, sobald die Schüsseln der Hungernden gefüllt sind. Nein, in viel höherem Maße handelt es sich um eine Frage des Rechts und der Gerechtigkeit. Und für diesen idealen Inhalt des sozialen Problems hat der Arbeiterstand und der kleine Mann — dank der modernen Schule und seinem Bildungstrieb — eine feinere Empfindung und ein klareres Verständnis, als sich mancher träumen läßt.“

„Wissen wir doch zuvörderst, daß bei dem heutigen Steuersystem die Wohlhabenden zwar den größten Teil der direkten aber ebenso gewiß die „kleinen Leute“ den überwiegenden Teil der indirekten Steuern tragen, welche bekanntlich den direkten so ziemlich die Wage halten.“

„Der Reiche leuchte seinen Mitbürgern in den Tugenden des Gemeinnsinn und sittlich-religiösen Wandels voran, dann wird er ein Helfer zur Ueberwindung des Umsturzes, den er durch selbstsüchtige Ausbeutung seiner Macht, bestände sie auch in der politischen Niederdrückung Anderer durch das Mittel der Gesetzeschraube, zu seinem eigenen Verhängnis heraufbeschwört.“

„Es wäre für den Liberalismus verhängnisvoll und würde den Segnern die reichste Ernte einbringen, wenn er, einzig im Bestreben, die Opposition niederzuhalten, sich durch die liberalisierenden Widersacher von der bewährten Bahn seiner alten Grundsätze abdrängen ließe. Ich besorge, daß wir in Baden auf dieser Bahn schon nicht mehr halten. Möge sie wieder gewonnen werden, so lange nicht ihre Spur gänzlich verloren ist!“

So, das wäre der Nationalliberale vom Jahre 1890. Wir werden sehen, wie der Nationalliberale vom Jahre 1904 nachher sprechen wird.

Ich bin mit meinen Ausführungen zu Ende. Wir sitzen jetzt zu 6 hier. Der Herr Minister hat unter der Hand sogar ausgesprochen, daß wir bei dem neuen Wahlrecht noch stärker hier vertreten sein werden. Der Herr Minister kann gut rechnen. (Heiterkeit). Wir aber auch! (Erneute Heiterkeit). Sollte die Verfassungsreform nicht zustande kommen, was sehr zu bedauern wäre, so werden wir uns auch unter dem bisherigen Zustand Mühe geben, den Ansichten des Herrn Ministers zu entsprechen. Die Sozialdemokratie, überhaupt die Opposition, wird man noch recht gut brauchen können. Die jetzige Situation in unserem Land lassen wir so auf. Die Zeit der regierungsfähigen Nationalliberalen ist für immer dahin, die Zeit für das Zentrum ist noch nicht gekommen und wird auch, so Gott will, nicht kommen. Der Herr Minister hat kürzlich gesagt, er habe wohl Grundsätze, aber kein Programm. Die Lockungen des Abg. Obkircher werden hoffentlich nicht bei ihm verfangen. Das Ministerium wird kein nationalliberales Programm akzeptieren, das des Zentrums kann es nicht akzeptieren, es wird vielmehr ein reines Geschäftsministerium bleiben. Wir haben nichts dagegen, wir sind immer dafür zu haben.

Abg. Hennig: Ich hatte zunächst nicht vor, in dieser Debatte das Wort zu ergreifen, hatte sogar mit anderen einen Schlußantrag vorbereitet — vergeblich. Wir müssen deshalb die Verantwortung vor dem Lande ablehnen, wenn die Debatte nicht zu Ende geht. Nachdem der Abg. Obkircher so viele Angriffe gegen uns gerichtet hat, kann ich nicht schweigen. Er hat zunächst gesagt, unser Schild sei nicht blank, das Volk kenne unsere wahren Ziele nicht. Ich muß sagen, daß das, was der Abg. Obkircher in dieser Beziehung vorgebracht hat, nichts beweist. Wohl aber werden wir viele Dinge finden, die zeigen, daß der Schild

der Nationalliberalen nicht blank ist. Der Abg. Obkircher hat uns mit der sehnsüchtigen Zunft verglichen, die den Geliebten erwartet. Wären wir so, dann hätten wir aus unserem Herzen keine Mördergrube gemacht, es wäre uns gegangen wie den Nationalliberalen. Wir stehen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung und wollen das Wohl des Volkes auf diesem Boden. Etwas anderes wollen wir nicht. Wenn die Großh. Regierung sachlich und unparteiisch ihres Amtes waltet, so sind wir zufrieden. Der Abg. Obkircher hat kürzlich sich dahin geäußert, man solle nicht verallgemeinern. So oft er aber auf den Klerus zu sprechen kommt, verallgemeinert er immer. Er redet stets von der Geistlichkeit, vom Klerus u. vom Zentrum. Wir sind nicht so töricht, daß wir meinen, wir seien unfehlbar. Wir sind auch Menschen. Unlängst wurde ein Fall aus Walsbach beigezogen. Was hier zu tabeln ist, hat der Abg. Fehrenbach bereits getadelt. Ich nehme nicht Anstand, mich dem anzuschließen.

Was der Abg. Obkircher vorbringt, sind in der Regel unerwiesene Behauptungen. Was die Presse bringt, ist vielmal übertrieben und entstellt. Ich meine, der Abg. Obkircher sollte doch etwas vorsichtiger sein. Wir haben in der Erzdiözese Freiburg einen Klerus, der so tüchtig und gewissenhaft ist, daß wir gewiß zufrieden sein dürfen. Das hat mir vor Jahren ein Rektor der Universität Freiburg i. Br. ausdrücklich bestätigt. Der Abg. Obkircher sollte nicht immer auf dem Klerus herumtrömmeln. Ich bin überzeugt, daß auch der Herr Minister des Innern Kenntnis von unserem Klerus hat — durch die Gendarmerie, die Bezirksämter und private Mitteilungen. Wäre es so, wie der Abg. Obkircher immer wieder sagt, so würde die Großh. Regierung ein anderes reiches Material reproduzieren. Das, was aber der Abg. Obkircher vorgebracht hat, war doch recht fadenscheinig.

Der Abg. Obkircher hat den Walsbacher Fall zweimal zur Sprache gebracht; das erste Mal benutzte er ihn zu einem Vorstoß gegen das Kultusministerium, das zweite Mal zu einem Angriff auf den Klerus. Nach der ersten Besprechung wurde mir von einem aus Walsbach stammenden Manne mitgeteilt, in Walsbach, einem Ort von 400 Einwohnern, habe jahrelang ein Militärverein bestanden. Da sei ein Lehrer in den Ort gekommen, und habe einen zweiten Militärverein mit den „Jungen“ gegründet. Nun kann man sich von vornherein denken, was das für eine Torheit war — zumal in dem armen Odenwald — und zu welchen Reibereien das führt. Es kam sodann der Festball des Militärvereins Walsbach. Jeder Geistliche weiß, daß ein solches Fest viele Nachteile für die Religion und die Sittlichkeit im Gefolge hat, und sieht darum, auch wenn er noch so patriotisch gesinnt ist, ihm ungern entgegen. Auch bei dem Walsbacher Fest war, wie der betreffende Mann erzählt hat, allerlei nicht in Ordnung. Daß der dortige Geistliche den christenlehrepflichtigen Mädchen verboten hat, den Ball mitzumachen, das kann man ihm doch gewiß nicht verwehren! Daß er aber dabei zu weit gegangen ist, will ich nicht beabreden. Ich meine aber doch, man sollte derartige Geschichten nicht so aufbauschen.

Der Abgeordnete Obkircher hat ferner hervor-gehoben, daß die Geistlichkeit Religion mit Politik verquide. Er hat das Vaterunser, das für die Wahlen gebetet wurde, vorgebracht. Weiß denn der Abg. Obkircher nicht, daß beim Beginn des Landtages immer ein Gottesdienst abgehalten wird? Ist dies nicht auch eine Verquickung von Religion und Politik? Wir Katholiken stellen alles unter den Schutz Gottes. Wir wissen, daß an Gottes Segen alles gelegen ist. Obkircher hat auch von jenem Ausblick zum Kreuz erzählt. Der Deutsche Kaiser hat in Nachen eine Rede gehalten, in der

er sagte, er stelle sein Heer und sein Reich unter das Kreuz. Dann darf auch ein Mann, der eine Versammlung abhält, das sagen. Obkircher hat dann den Fall Schwarz gebracht und die Art und Weise, wie er darüber gesprochen hat, hat mir in der Seele weh getan. Wenn er darin keine Verleumdung für den katholischen Christen gefunden hat (Zuruf bei den Nationalliberalen: Das hat er ausdrücklich gesagt). Nun, dann habe ich dies überhört, aber das katholische Volk war in tiefster Seele erbittert und die Sühneandachten waren durchaus am Platz. Die wären auch gehalten worden, wenn keine Wahlen gewesen wären. Die Äußerung des Erzbischofs hat Kollege Kopf bereits richtig gestellt. Wer den Zusammenhang ins Auge faßt, hat wahrhaft Grund zu sagen, der Erzbischof hat ein rechtes Wort zur rechten Zeit gesprochen. Obkircher wundert sich, daß die Geistlichen von der Kanzel vor der schlechten Presse warnen. Sollten Sie ihre Gemeinden etwa zugrunde gehen lassen? Sollten Sie etwa zusehen, wie Schriften und Bücher verteilt werden, die an Gottlosigkeit und Unsittlichkeit, wenn ich mich so ausdrücken darf, nichts zu wünschen übrig lassen? In den 80er Jahren wurde in Konstanz die Klage einer Zeitung, vor der ein Geistlicher in der Kirche gewarnt hatte, abgewiesen, da es Pflicht eines Geistlichen sei, vor gefährlicher Presse zu warnen.

Unser Schild ist blank, dessen können Sie versichert sein. Wir sagen dem Volk, was wir wollen, die Tätigkeit unserer Geistlichen liegt offen vor aller Welt. Ist denn der Schild der Liberalen immer so blank gewesen? Wir finden daran vieles, was nicht blank ist. Der Liberalismus segelt unter einer falschen Flagge. Er ist nach der Reaktion mit der Fahne der Freiheit aufgetreten; das war ein akzeptables Programm, das ihm viele Leute zuführte, aber wie lang ist es denn gegangen, bis das Programm stillschweigend in die Lumpkammer geworfen wurde, und bis der wilde schreckliche Kulturkampf kam? Ich will nur an einzelne Dinge erinnern. Der Abg. Wildens hat gesagt, es habe sich im Kulturkampf nicht um die Religion gehandelt, sondern um die Abgrenzung von Staat und Kirche. Das bestritte ich. Die Tatsachen sprechen ganz anders. Im Jahre 1867 war droben im Schwarzwald bei St. Peter eine Kapelle. Einige Frauen und Jungfrauen hatten sich zu einem Wandel in Frömmigkeit und Arbeitsamkeit zusammengesetzt. Sie wurden plötzlich aufgelöst und mußten fort. War das auch nötig zur Abgrenzung von Staat und Kirche? War das nicht vielmehr eine Verletzung aller möglichen Freiheit? Wir hatten noch einige Frauenlehranstalten, die viel Gutes geleistet haben. Eines Tages wurden sie einfach durch einen Federstrich beseitigt. 1872 wurden die Missionen verboten; war das auch nötig, um Staat und Kirche abzugrenzen? 1874 wurde das von Papst Pius IX angeordnete kirchliche Jubiläum verboten. Dann der Examenstreit, der alle Geistlichen aus dem Lande hinausbrachte. Die Zerstörung der kirchlichen Erziehungsanstalten, der Altkatholizismus, waren das nicht alles Eingriffe in das religiöse Gebiet? Warum haben sich die Demokraten von Ihnen abgefordert? Weil Sie die Fahne der Freiheit aus der Hand gegeben haben, Sie könnten sich viel besser Nationalpotentaten nennen. Was erleben wir denn jetzt? Im Deutschen Reich veranstaltet der Evangelische Bund eine namenlose Hege gegen den Katholizismus. Ich will nur eine Stelle aus dem deutschen Adelsblatt hier vorlesen:

... „daß der evangelische Bund vielfach diesen Kampf mit einer Gehässigkeit führt, die in Widerspruch mit dem Christentum steht. Er (der evangelische Bund) ist in den Kampf mit politischen Strömungen getreten, welche die dämonische Agitation in verwerflichster Weise

betreiben und nicht bloß den Stand der positiven Kirchen, sondern auch den der Dynastien mit ernstlichen Gefahren bedrohen. Die Waffen, deren er sich im Kampf bedient, sind nicht die der Wahrheit, sie sind nach unserer Meinung weder christlich, noch evangelistisch, noch vornehm."

Vor wenigen Monaten hat der Hauptmacher des evangelischen Bundes, der Superintendent Meyer in Zwickau, eine Rede drucken lassen. Darin stellt er bezüglich der Nationalliberalen Folgendes fest:

"Seine treuesten Freunde hat der Bund in den Reihen der Nationalliberalen und der Konservativen, die von der Kreuzzeitung sich fernhalten. Mag es sein, daß wir sie öfter uns energischer wünschten, sie haben doch nie aus den Händen das Banner des Protestantismus sich schlagen lassen. Mögen sie auch im nächsten Reichstag nicht vergessen, daß sie gegen eine schwache Regierung, gegen Zentrum und Sozialdemokratie, die höchsten Güter unseres Volkes, das Erbe der Reformation zu verteidigen haben."

Sie haben Willkürer in Hülle und Fülle, die von dem jetzigen Tun und Treiben nichts wissen wollen. Glauben Sie nicht, daß es noch Konservative in Baden gibt? Wenn die sich aufrichten, würden Sie viele Stimmen verlieren. Durch diese Sache ist das Schild der Nationalliberalen nicht mehr so blank. Ich will Sie doch noch auf ein anderes hinweisen, ich bin ja alt genug und lang genug in diesem Hause, um mich an manches zu erinnern. Sie kennen vielleicht den Ausdruck: „Offenburgerei"? Ich will es Ihnen sagen.

Als der Minister Jolly kam, haben einzelne von der nationalliberalen Partei gemeint, sie müßten auch ins Ministerium kommen und weil es ihnen nicht gelungen ist, haben sie sich wiederholt in Offenburg eingefunden, um von dort aus gegen das Ministerium Jolly zu hetzen. Was sie dort vor hatten, das ist aus einem Ausschreiben zu ersehen, das sie von dort aus zur Einladung hinausgegeben haben.

Daselbe besagte im Wesentlichen: „Die unterzeichneten 14 Abgeordnete hätten sich bei einer Beratung geeinigt, daß die liberale Partei in eine gefährliche Lage gekommen sei, teils durch die Unzufriedenheit des Volkes mit dem ihm von der Kammermehrheit auferlegten Opfern, namentlich aber durch die Regierung, da im Widerspruch mit dem konstitutionellen System eine Neubildung des Ministeriums vollzogen worden sei, ohne mit der Mehrheit der Volksvertretung in sich schließenden Partei in verständiges Benehmen zu treten. Die Regierung habe sich von der Kammer zurückgezogen und die liberale Partei habe deshalb kein Vertrauen mehr zu ihr."

Lesen Sie das Buch von Baumgartner über den Staatsminister Jolly, dort werden Sie finden, welche plumpe Eigenmut auf Seite der Nationalliberalen damals gespielt hat. Ich erinnere mich noch, wie ich in diesem hohen Hause im Lesezimmer saß, und einer von den Liberalen, der nicht zu den Eingeweihten gehörte, sich bitter darüber beklagte und sagte: Sehen Sie, so machen es unsere Herren, gibt es denn einen besseren Minister nach unserem Standpunkt als Jolly? Derartige Sachen waren mit Schuld an dem Kulturkampf. Und dann, wer weiß denn nichts mehr von der sogenannten Stöberei? Als es den Nationalliberalen gelungen war, Jolly zu beseitigen, kam ein anderer, nämlich Stöcker und sofort hat man gemerkt, wie man auch dem nicht grün war. Was haben die Herren Nationalliberalen getan, in der Sitzung vom 10. März 1879? Wenn man das alles mitgemacht hat, so

kann man nicht begreifen, wie der Abg. Obkircher sagen kann, wir wollten die Autorität schädigen. Das sind Zeichen, daß man es vielfach nicht ehrlich bei den Nationalliberalen gemeint hat. Die ganze Rede des Abg. Obkircher hat darin ausgeklungen: obwohl wir nur noch 30 Prozent der Stimmen haben, muß die Regierung doch liberal sein. Das ist doch eine absolute Macht herrschaft, wie sie in diesem hohen Hause noch nie in so ausdrücklicher Weise proklamiert worden ist. Man könnte noch andere Streiflichter anführen. Ich glaube aber doch jetzt schon sagen zu können, unser Schild ist blank. Aber der Abg. hat sehr viel Schmutz, darum hätten Sie allen Grund, mit solchen Kulturkämpferien endlich einmal aufzuhören. Wenn Sie nicht aufhören, seien Sie verächtlich, es ist Ihre Schuld. Wir kennen uns auf diesem Gebiete auch etwas aus. Ich habe vor den Wahlen mit einem hochgestellten Liberalen gesprochen, und der hat zu mir gesagt, die Geschichte mit einem neuen Kulturkampf machen wir nicht mehr mit. Wir haben ruhig und sachlich bisher im Landtag verhandelt und unser Versprechen, keinen neuen Kulturkampf heranzubekämpfen, gehalten. Jetzt aber können wir den Wählern draußen im Land sagen, wo die Kulturkämpfer sitzen. Die Zeiten sind sehr ernst, und wir hätten allen Grund, auf anderen Gebieten zusammenzuarbeiten. Wenn Sie das nicht für nötig halten, sondern glauben, den Kulturkampf wieder anfangen zu müssen, kommen Sie nur, wir sind bereit. (Lautes Bravo beim Zentrum.)

Abg. Dr. Vinz: Die Generaldebatte über das Ministerium des Innern ist schon länger geworden, als wir erwartet hatten. Es hängt dies mit dem Umstand zusammen, daß eine Generaldebatte über das gesamte Budget aus dem bedauerlichen Grunde nicht stattfinden konnte, den wir ja alle kennen. Ich bin daher der Meinung, daß wir dieser Lastfrage Rechnung tragen und es den einzelnen Mitgliedern des Hauses zugute halten müssen, wenn durch Vorbringen von Spezialwünschen die Debatte sich in die Länge gezogen hat. Ich selbst hatte bereits darauf verzichtet, ein zweitesmal zu sprechen, es ist aber nicht etwa die Rede des Abg. Obkircher und die darauf erfolgte Antwort des Abg. Kopf, welche mich allein bestimmt haben, mich noch einmal zum Wort zu melden, es liegt vielmehr der Grund dazu darin, daß heute vom Abg. Lutz verschiedene Auslassungen gemacht worden sind, die mich gewissermaßen zur Antwort zwingen. Zunächst möchte ich aber einige Spezialwünsche vorbringen. Im Laufe der Debatte ist angeregt worden, eine Revision des Fürsorgegesetzes für die Gemeindebeamten im Sinne einer Ausdehnung der Fürsorge für diese, insbesondere für die Ratschreiber. Ich glaube, daß die Meinung der Ratschreiber begründet erscheint, daß es wohl möglich wäre, das bestehende Gesetz auszudehnen auf die Gemeinden über 700 Einwohner. Dann möchte ich noch einem Wunsche Ausdruck geben, von dem ich zwar weiß, daß er eine praktische Verwirklichung zunächst nicht finden kann. Es handelt sich um eine Fürsorge für die schulentlassene Jugend, insbesondere für die elternlosen Entlassenen. Unsere Armenpflege ist gewiß so gut organisiert wie irgend wo in der Welt. Wir verwenden für unsere soziale Gesetzgebung von Jahr zu Jahr Hunderte von Millionen für die wirtschaftlich Schwachen. Eine großartige Vereinstätigkeit erzielt schöne Erfolge in der werktätigen Nächstenliebe, in Anstalten, Waisenhäusern, Siedeanstalten und Anstalten für verwaarloste Kinder. Ich habe Gelegenheit, als Vorstand einer hiesigen Waisenanstaltsverwaltung die segensreichen Wirkungen solcher Institute zu beobachten, allerdings auch andererseits zu sehen, wie mißlich es ist, daß die Kinder, wenn sie hinauskommen ins Leben, sich selbst überlassen

sind. Sie kommen in eine Lehre; die wenigsten Lehrherren sind bereit, die Lehrlinge auch in die häusliche Gemeinschaft aufzunehmen, nicht immer aus egoistischen Gründen. Für solche Leute sollten förmliche Lehrlingsheime errichtet werden. Die jetzt bestehenden Heime bieten nur eine Fürsorge für die Abende nach der Arbeit. Es erscheint mir angezeigt, von dieser Stelle aus einen Appell an die Öffentlichkeit zu richten, daß sie dieser Angelegenheit ihre Fürsorge zuwenden möge. Die Jahre vom 15. bis zum 18. Lebensjahr sind ja entscheidend für das Leben der jungen Leute. Die Gemeinden werden dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen, aber auch dem Staate ziemt es, dies zu tun. In Württemberg hat man, wie ich gehört habe, damit einen hoffnungsverheißenden Anfang gemacht.

Der Herr Minister des Innern hat im Verlauf der bisherigen Debatte ausgesprochen, es sei nicht notwendig, daß jeder einzelne sich der Kategorie einer bestimmten Partei unterwerfe. Der Herr Minister hat das gesagt, um damit seine Auffassung kund zu geben, daß das Ministerium des Innern kein Parteiministerium sein dürfe. Damit ist aber nicht gesagt, daß ein Ministerium sich nicht von politischen Grundsätzen leiten lassen soll. Mein Fraktionskollege Obkircher hat auf die Bemerkungen des Herrn Ministers bereits Einiges erwidert. Ich meine, gerade in unserer Zeit wäre es vornehmlich die Pflicht der Angehörigen der besitzenden und gebildeten Stände, sich nicht zurückziehen vom politischen Leben, sondern mitzuarbeiten auf dem schwierigen und dornenvollen Wege der politischen Betätigung. Viele ziehen sich ja heutzutage zurück, weil sie sich für die politische Mitarbeit zu vornehm erachten. Andere tun es, weil sie daraus geschäftliche Schädigungen fürchten, wie sie namentlich die Presse des Zentrums zufügt. Andere endlich ziehen sich auch deshalb zurück, weil sie sich sagen: wir haben verschiedene Parteien, aber keine gefällt mir. Das sind die Uebergescheiten, die Elktiker, die sich ein politisches Programm in der Studierstube zusammenstellen, das aber praktisch unbrauchbar ist. Es liegt in der Natur der menschlichen Dinge, daß einem Parteiangehörigen nicht alles gefällt, was die Partei tut. Je höher die Selbständigkeit des Individuums in einer Partei geachtet wird, desto schwieriger können die Verhältnisse derselben werden. Die Gebildeten unserer Zeit müssen vollzählig antreten und ihre Schuldigkeit im politischen Leben tun. Geschieht das nicht, dann werden die Agitatoren leicht weiter Eingang finden, und die Dinge noch schlimmer gehen, als sie schon gegangen sind. Es hat einst eine Zeit vor tausenden von Jahren gegeben, da in einem kleinen, aber illustren Staat, in dem die sozialen und politischen Verhältnisse ähnlich lagen, wie bei uns, und in dem namentlich die Parteigegegensätze ähnlich scharf waren, ein Weiser, Solon, den Sokrates aufgestellt hat, den jeder beherzigen kann; er steht in der griechischen Geschichte von Kurlius: „Daß nämlich in Parteidämpfen bei Vermeiden schwerer Vermögens- und Ehrenstrafen jeder Bürger gehalten sein solle, unverzüglich seine Stellung einzunehmen, damit keiner in seiner Bequemlichkeit neutral bleibe und den Gang der Dinge abwartet, um sich dann der siegenden Partei anzuschließen.“

Der Abgeordnete Birkenmayer hat jüngst beinahe spitzig gegen meine Bemerkung über die Unzuverlässigkeiten des Automobilwesens polemisiert. Er flößt damit tatsächlich offene Türen ein. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich energische Maßregeln gegen die Ungebühr der Automobilisten durchaus befürworte. Ich habe nur auf die zwei Gesichtspunkte hingewiesen, die bei einer Polizeiverordnung zu beachten sind. Die hat heute

auch der Abg. Luz wieder hervorgehoben. Wir sind durchaus einig gewesen, Birkenmayer hätte nicht nötig gehabt, die Meinung hervorzurufen, als ob ich ein Befürworter der Prokasken und des ungehörlichen prozenthaften Luzus sei (Abg. Birkenmayer: Oh, nein!) Abg. Birkenmayer hat geglaubt, ein schweres Geschütz aufzuführen zu sollen, und gesagt, die Mehrheit der Bevölkerung stehe auf seiner Seite, also nicht auf meiner Seite. Dies war in der Tat eine deplazierte Bemerkung. Birkenmayer hat sich ferner zu meiner Ueberraschung über meine Bemerkung aufgehalten, die ich an seine Anerkennung der Gesamttätigkeit des Ministeriums geknüpft habe. Unter den „totanen Umständen“ habe ich etwas verstanden, was auch das Haus verstanden hat. Der Abg. Fehrenbach hat sehr lobende Worte für die Tätigkeit des Ministeriums gefunden. Der Herr Minister hat später eine Rede gehalten, die gewisse, durchaus berechtigte Ausführungen über die wahlagitorische Tätigkeit des Herrn Wacker und noch einiges andere enthielt, was nicht geeignet war, beim Zentrum Zufriedenheit hervorzurufen. Nun hat Abg. Birkenmayer, über alle diese Dinge hinweggehend, wieder eine Lobrede auf das Ministerium gehalten, den Zwischenfall völlig ignorierend, obgleich er wußte, daß der Abg. Fehrenbach vorher erklärt hatte: die Rede in der andern Donat über das Ministerium kommt noch. Da durfte ich doch sagen, unter „totanen Umständen“, sei es eigentümlich, daß Birkenmayer tue, als ob nichts passiert sei. Ich finde es kleinlich, wenn Birkenmayer meint, ich sei eifersüchtig, weil er im Begriff stehe, sich dem warmen Herzen des Herrn Ministers zu nähern. So sind wir denn doch nicht. Am warmen Herzen des Herrn Ministers haben noch viele andere Platz. Der Abg. Luz hat in liebenswürdiger Weise — darin zeichnet er sich vor den übrigen Herrn seiner Partei aus — einige Stellen aus meiner Schrift über das Gemeindegesetz vorgelesen. Ich würde diese Worte heute genau ebenso wieder schreiben. Ich habe es mit scharfen Worten beklagt, daß die Nationalliberalen die Vorlage so gestaltet haben, wie sie Gesetz geworden ist. Die Entwicklung hat gezeigt, daß ich im Recht war. Die Nationalliberalen haben damals den Anschein hervorgerufen, als ob sie mit den liberalen Traditionen gebrochen hätten. Ich glaube aber, dies könnte nur eine ephemerere Erscheinung sein. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, gegen dieses Gesetz anzukämpfen, weil ich von jeher Freund des direkten Wahlrechts war. Ich bin aber trotzdem in der Partei geblieben. Sie könnten gerade wohl zur Ueberzeugung kommen, daß es mit der liberalen Partei nicht so schlimm bestellt ist, wie Sie vorgeben.

Der Abg. Luz hat weiterhin einiges ausgeführt, was ich beantworten muß. Er hat auf die Vorgänge bei der Wahl Karlsruhe-Land abgehoben. Es sei perniciös für die Nationalliberalen gewesen, daß sie einen konservativen Kandidaten unterstützt hätten, der ein Gegner des direkten Wahlrechts war. Als wir uns zu seiner Unterstützung entschlossen haben, war mir diese seine Gegnerschaft nicht bekannt. Ich habe schon früher ausgeführt, die Kandidatur Mayer könnte uns nur erwünscht sein, weil er in einer bekannten Frage mit uns gegen das Zentrum gehen zu wollen erklärte. Ob wir beschlossen hätten, für die Sozialdemokratie einzutreten, wenn wir um jene Gegnerschaft gewußt hätten, will ich keineswegs behaupten. Die Sozialdemokraten schienen uns eben vom Standpunkt unserer Grundsätze aus betrachtet immer noch das größere Uebel zu sein als die konservative Partei, selbst wenn diese gegen das direkte Wahlrecht ist. Wir konnten uns auf diesen Standpunkt um so mehr stellen, als die konservative Partei keine ausschlaggebende Bedeutung in unserm Lande hat.

Nun hat der Abg. Luz auf die Jungliberalen abgehoben und gemeint, diese gegen die nationalliberale Partei ausspielen zu können. Ich will nur sagen, die Jungliberale Bewegung ist ein hoch erfreuliches Zeugnis dafür, daß der liberale Gedanke auch in der Jugend unseres Landes kräftige Wurzeln hat, und wir hoffen von dieser Bewegung für die liberale Sache hoch erfreuliche Früchte. Uebrigens haben die Jungliberalen in der denkbar offiziellsten Weise erklärt, daß sie ein Bestandteil der nationalliberalen Partei des Landes und des Reiches bilden, und damit ist ihre Stellung von selbst gegeben. Der Abg. Luz hat noch der nationalliberalen Partei ein Sündenregister vorgelesen, das im Laufe von 20 Jahren angewachsen sei. Er hat sich in beschwerendem Tone beklagt, daß wir ihm keine Kenntnis davon gegeben hätten, daß wir auch von der Wahlbeeinflussung der katholischen Geistlichen sprechen wollten. Er kann uns doch nicht zumuten, über dieses von ihm aufgestellte Sündenregister Rede und Antwort zu stehen, und zwar über Vorgänge, die uns fremd sind. Ich glaube, es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn man behaupten wollte, daß irgend ein Zweifel besteht, daß von diesen vielen Ungehörigkeiten, die bei den Wahlen vorkommen, mindestens 99 Proz. auf das Konto der Sozialdemokratie kommt. (Abg. Eichhorn: Und die Beweise?) Und das ist ja kein Wunder. Wie sollten denn die Massen der Sozialdemokratie anders handeln, wenn die Führer mit so glänzenden Beispielen vorangehen? Sehen Sie doch nach Dresden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ja, das wird Ihnen noch oft vorgehalten werden. Sie erinnern sich vielleicht noch, daß Ihr gemäßigter bayrischer Genosse Auer von den Dresdener Verhandlungen gesagt hat: „es ist eine Schande, eine Schmach, das hat schließlich kein Vieh mehr anhören können“. Wie haben Sie's denn im Reichstag gemacht? Wir sind keine Freunde vom Zentrum, aber das war doch ein starkes Stück, wie Sie durch Gewalttätigkeit und flagrante Gesetzes- und Verfassungsverletzung einfach verhindern wollten, daß der Abg. Bachem noch weiter spreche.

Der Abg. Luz hat dann Töne angeschlagen, die in mir sympathisch wiedergeklungen haben. Er hat von dem Frieden gesprochen, auf den die sozialdemokratische Partei hinarbeite. Ich habe dabei an das Wort von Schiller gedacht: Seid umschlungen Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt. (Abg. Luz: 3 Millionen!) Ich wünschte nur, daß der Abg. Luz auch in den sozialdemokratischen Versammlung diesen guten Willen zum Ausdruck bringen würde. Ich hoffe nicht, daß er vielleicht bei den Obersten seiner Partei Anstoß erregt, wenn er in diese Friedensschalmei bläst. Ich mache ihn darauf aufmerksam, welcher Kontrast zwischen ihm und der Aeußerung des Abg. Webel, besteht, der sagte; Wenn ich die Macht hätte, das wäre die größte Wollust und Freude meines Lebens, wenn ich die Gesellschaft mit Gewalt zertrümmern könnte. Wenn die Sozialdemokratie immer dem Phantom der Republik nachjagt, so möchte ich sie doch darauf hinweisen, daß die Demokratie in früheren Zeiten als Hauptgrundsatz die Einführung der Republik aufstellte, aber auch sie hat sich bescheiden gelernt und sich auf den Standpunkt gestellt, wir können theoretische Anhänger der Republik sein, praktisch sind wir es aber nicht, wir arbeiten mit dem bestehenden Regierungssystem an den gemeinsamen Aufgaben des Staates mit. Warum sollten die Herrn von der Sozialdemokratie nicht dieselbe Entwicklung durchmachen? Es ist ein Phantom, dem Sie nachjagen, zumal wenn Sie sehen, daß in den Staaten, wo die Republik herrscht, die Sozialpolitik wirklich keine größeren Fortschritte gemacht hat als bei uns. Schauen Sie nach Amerika hinüber, dort ist die

sedes materiae, dort herrscht das Proletariat und der Kapitalismus in der radikalsten Weise. Deshalb geben wir die Hoffnung nicht auf, daß, wenn auch nicht die Führer sich schließlich bekehren, so doch die großen Massen der Arbeiter einsehen, wo ihre Stelle ist, wenn sie ihre materiellen und geistigen Interessen gewahrt wissen wollen (Abg. Eichhorn: Bei den Nationalliberalen natürlich!)

Wir Nationalliberalen arbeiten zusammen mit den anderen Parteien nach bestem Wissen und Gewissen an der sozialen Hebung der unteren Volksschichten. Wir hoffen, daß die großen Massen endlich einmal erkennen werden, wo die wahre Vertretung ihrer Interessen ist, daß sie nicht bei Ihrer Partei ist, die unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundlichkeit nur ihre eigenen Machtgelüste befriedigen will.

Es ist nun vom Abg. Luz ausgesprochen worden, auf dieser Seite des Hauses habe man es unangenehm empfunden, daß der Abg. Obkircher überhaupt die Wahlbeeinflussung durch die Geistlichen angeknüpft habe. Der Abg. Luz hat hier den Gedankenleier gespielt, aber ich weiß nicht, ob er hierin die gleiche Virtuosität entfaltet wie im Lateinischen. Ich meine, es hätte einen eigentümlichen Eindruck gemacht, wenn wir beim Budget des Ministeriums des Innern über die Wahlbeeinflussung von Seiten der katholischen Geistlichen kein Wort verloren hätten.

Wir prüfen anlässlich der Beratung des Budgets des Ministeriums des Innern, ob von Seiten der Verwaltungsbeamten die Unparteilichkeit, die — unbeschadet der Betätigung der politischen Ueberzeugung des einzelnen — von ihnen verlangt werden muß, gewahrt ist. Der frühere Führer des Zentrums, Herr Geistlicher Rat Wader, hat es verstanden, jeden Fehltritt eines Oberamtmannes, der einer Wahlbeeinflussung zu gleichen schien, hier zur Sprache zu bringen. Nimmt aber die katholische Geistlichkeit nicht auch in unserem Land eine öffentlich rechtliche Stellung ein? Im Budget sind für sie nicht unerhebliche Mittel ausgeworfen. Und wenn nun katholische Geistliche, ich sage nicht die katholische Geistlichkeit, unter Mißbrauch ihres Amtes Wahlbeeinflussungen zugunsten einer Partei üben, so muß das gerade so gut bei dem Budget des Ministeriums des Innern erörtert werden. Es handelt sich bei den Geistlichen um eine Autorität, die viel schwerer wiegt, als die Autorität der Staatsbeamten. Wir hätten uns einer Pflichtverletzung schuldig gemacht, wenn wir gegenüber den Wahlumtrieben der katholischen Geistlichen ein Auge zugebracht und dieselben hier nicht besprochen hätten. Ich habe in meinem ersten Vortrag auf die Forderungen des Zentrums andeutungsweise verwiesen, offen gestanden in der stillen Hoffnung, es werden auf dem diesmaligen Landtag die Herren Demokraten, Sozialdemokraten oder Freisinnigen die Landauf, Landab vorgekommenen und von der ganzen Presse ausschließlich derjenigen der Zentrums-partei einmütig getadelten Uebergriffe der katholischen Geistlichen hier zur Sprache zu bringen. Es ist das nicht geschehen, obgleich wir wissen, daß gegenüber dem fortgesetzt wachsendem Einfluß des Zentrums, der sich im wesentlichen auf den Wahlkreis der Geistlichen stützt, und gegenüber den Machtbestrebungen des Zentrums auch die Angehörigen der demokratischen, der sozialdemokratischen und der freisinnigen Partei mit Entschiedenheit Stellung nehmen. Es scheint sogar, als ob einzelne Männer dieser Parteien die nationalliberale Partei übertrumpfen wollten. Der frühere demokratische Abg. Delisle hat den Schulaufsatz von Professor Böhlingk unterzeichnet, der in der Herrn Professor Böhlingk eigenen satigen und manchmal treffenden Weise auf die der Schule

vom Zentrum drohenden Gefahren hinweist. Der Schriftführer der freisinnigen Partei, Rechtsanwalt Händel hier, hat gleichfalls öffentlich seine scharfe Opposition gegenüber den Bestrebungen des Zentrums erklärt. Ich hebe das nur hervor, weil der Abg. Kopf gesagt hat, nicht alle Mitglieder unserer Partei wollten den Kampf gegen das Zentrum mitmachen. Ich gebe zu, daß das bezügl. einzelner aktueller Fragen der Fall ist. Im übrigen aber sind alle liberalen Parteien und auch die Sozialdemokratie darüber einig, daß das Zentrum mit seinen Grundfäden, mit seinen historischen Zielen die größte Gefahr für den Liberalismus bedeutet. Man kann also nicht sagen, die Nationalliberalen, die übrigens gerade bei den letzten Landtagswahlen einen kräftigen Aufschwung genommen haben, stünden isoliert da. Im Gegenteil, es sind deutlich Anzeichen dafür vorhanden, daß die Einsicht, welche die nationalliberale Partei schon früher gewonnen hat, auch allmählich bei den anderen Parteien Platz greift, und daß die Freiheitsfeindlichkeit des Zentrums allgemein anerkannt wird. Und wenn einmal die Sozialdemokratie von ihrer Religionsfeindlichkeit abkommt, (Zuruf des Abg. Eichhorn: Religionsfeindlichkeit?), den Satz „Religion ist Privatsache“ zur Wahrheit machen und die Konsequenzen, die ein Gebot der Gewissensfreiheit sind, ziehen wird, dann sind wir ja einander einen Schritt näher gerückt. Ich für meine Person, und ich glaube, das ist auch die Ansicht meiner Parteigenossen, stehe auf dem Standpunkt, daß es ein Frevel wäre, gegen die religiösen Empfindungen und gegen den religiösen Glauben unseres Volkes vorzugehen, darüber zu spotten oder zu höhnen. Ich persönlich beitleide den Menschen, der das Beglückende der Empfindung seiner Beziehung zu Gott verloren hat. Wir sind der Meinung, daß unserm Volk die Religion not tut, den oberen Volksschichten so gut wie den unteren. Gerade die oberen Schichten des Volkes haben die Pflicht, durch religiösen Wandel, sittliches Leben und durch werktätige Liebe zu den Volksgenossen allen andern voranzuleuchten. Gewissensfreiheit ist das oberste Prinzip des Liberalismus, das er erobert hat. Auch die Sozialdemokraten sollten dazu gelangen, die religiösen Empfindungen anderer zu ehren und zu achten. Ich lese Ihre Presse, ich habe aber sehr oft den Eindruck, daß Sie keineswegs den Grundsatz der Gewissensfreiheit im Auge haben. Ich erinnere auch daran, was Bebel in seiner Schrift ausgesprochen hat: Christentum und Sozialdemokratie vertragen sich wie Feuer und Wasser. (Abg. Eichhorn: Das ist eine Privatmeinung Bebel's.) Wenn er sie in Dresden vorgebracht hätte, hätte er wohl Mittel und Wege gefunden, seinen Anschauungen Geltung zu verschaffen. Vielsach wird in sozialdemokratischen Kreisen der Grundsatz „Religion ist Privatsache“ auf guten Boden fallen. In einer Wahlversammlung in Staufenberg trat ein Sozialdemokrat gegen mich auf und sagte, er glaube nicht, daß Bebel so etwas gesagt habe. Die Sozialdemokraten wollten auch, daß es einen Gott gebe und daß es einen Kaiser gibt. Wörtlich, meine Herren! Der Redner wird wahrscheinlich desavouiert werden. (Lärm und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

Der Abg. Kopf hat darauf hingewiesen, daß seine Partei weiter nichts wolle als Freiheit der Betätigung für alle. Gleiches Licht und gleiche Luft. Wenn die Regierung so handle, werde alles schön und gut werden. Die Volkshaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wir müßten ja Versteckens spielen, wenn wir uns verhehlen wollten, daß von Frieden und Ruhe draußen im Volk absolut nichts zu spüren ist. Jahraus jahrein tobt ein heftiger Kampf. Es müssen nicht gerade Wahlen sein. Die Gegensätze sind grundsätzlicher Art und können nicht aus der Welt geschafft werden. Wir würden uns sentiment-

taler Friedensduselei schuldig machen, wenn wir sagten, wir wollen den Frieden nicht fördern und keinen Kulturkampf treiben. Mit diesem Schlagwort wird ein Mißbrauch getrieben, dessen sich die Herren auf allen Seiten des Hauses nicht schuldig machen sollten. Sind denn die Gegensätze zwischen Zentrum und Liberalismus von heute oder sind sie geschaffen durch die badiſchen Nationalliberalen? auch in Preußen fallen die heftigsten Gegensätze aufeinander. Dort haben Sie die Klöster, Missionen, alles, was Sie nur wünschen. Gleichwohl ist der Streit dort so heftig wie bei uns. Das Zentrum findet es allerdings vorteilhafter, zu schweigen: es erhofft Vorteil von dieser Taktik. Wacker hat ja auf dem letzten Landtag Flöte gespielt und dem Ministerium sit venia verbo um den Bart gestrichen. (Stürmische Heiterkeit). Das muß uns höchst bedenklich erscheinen. Ueber die Absicht des Zentrums sind wir und ist alle Welt sich in einem Grade im Klaren, daß man sich darüber nicht noch den Kopf zu zerbrechen braucht. Sie sind doch nur das Produkt einer Weltanschauung, die im kirchlichen Kreis alle menschlichen Dinge umfaßt. Wenn diese Weltanschauung zur Herrschaft kommt, wird die religiöse Freiheit des Volkes vernichtet, weil Sie die Ueberzeugung haben, daß Ihre religiöse Anschauung durchaus richtig und unfehlbar sei. Sie folgern daraus, daß es das größte Glück für jeden Menschen sei, der katholischen Kirche anzugehören. Einerlei, ob durch Zwang oder freie Entschliebung. Diese Auffassung hatte überall die Folge, daß die Gewissensfreiheit unterdrückt worden ist. Daß das deutsche Volk vor dieser Gefahr steht und allen Grund hat, wachsam zu sein, das empfinden nicht nur die Nationalliberalen, sondern auch andere Parteien, die auf freirechtlichem Standpunkt stehen. (Unruhe im Zentrum.)

So lange das Zentrum noch nicht die Macht hat, begünstigt es liberale Grundfäden. Wenn es aber die Macht hat, dann regiert es nach eigenen Grundfäden. Daß diese Auffassung auf Tatsachen begründet ist, wird bewiesen durch die Erfahrung in aller Welt und bei allen Völkern; wo der politische Katholizismus hervortritt, ist es mit der Volkswohlfahrt dahin, exempla docent.

Manchmal verirrt sich die Anschauung des Zentrums selbst in eigenen Blättern. Ich darf ja nur einen Artikel aus dem „Badiſchen Beobachter“ zur Kenntnis bringen, aus dem man sieht, daß auch der politische Katholizismus dem Grundsatz der Opportunität huldigt. Der Artikel handelt von Spanien und lautet: „Wird man sich der Erkenntnis und Anerkennung der Wahrheit (daß Freimaurer und Liberalismus Spanien ruiniert haben!) in weiten, namentlich in höheren (!) Kreisen Spaniens noch länger widersetzen können? Und wird sich nicht auch die fernere Erkenntnis aufdrängen, daß auch eine liberale, freimaurerische (!) Verfassung wie die bestehende, mit ihrer Gewissens- und Religionsfreiheit, mit ihrem echt liberalen Vertretungs- und Wahlsystem usw. dem Wesen und Charakter des spanischen Volkes durchaus Gewalt antun, mit einem Wort nichts taugt?“

Kommentar ist überflüssig. Ich will doch noch an etwas erinnern, daß ein Mann der Wissenschaft, der Jesuitenpater de Lucca, ein Buch geschrieben hat, in welchem er mit unerbittlicher Logik zu einem Resultat kommt, das mich an jenen Bauer oder Mönch erinnert hat, der bei der Verbrennung des Ketzers Fuß noch ein Scheit Holz in das Feuer gestossen und für die arme Seele gebetet und geglaubt hat, es geschehe ein gutes Werk, wenn der Mann verbrannt werde. Das Buch ist mit kirchlicher Approbation gedruckt worden. Das will aber nicht etwa heißen, daß das Buch approbiert, d. h. von der Kirche

gebilligt werde, sondern nur, daß es gedruckt werden dürfe. In diesem Buch ist bedruckt, die katholische Kirche will nur das Gute, sie umfaßt das ganze Menschenleben, sie will nur den ganzen Menschen, wie der Abg. Kopf sich ausgedrückt hat, deshalb, so folgert er, ist es ganz in der Ordnung, daß ein Kezer, der sich den Wahrheiten der katholischen Kirche verschließt, vom Leben in den Tod gebracht wird. (Abg. Schmitz: Corvais!) Sie können das ja später bringen. Das Buch ist in demselben Geist geschrieben, der auch das Zentrum beherrscht. Der Abg. Hennig hat sich auf den evangelischen Bund berufen. Wie kam es aber, daß dieser Bund begründet wurde? Das kam durch die Veranlassung der Zentrumsparthei, die den heftigsten Anfang damit gemacht hat, das religiöse Moment in den politischen Kampf hineinzutragen. Wenn hier Gezeffe vorkommen, dann billigen wir es nicht, und wenn durch Gegenüberstellung dieser beiden Organisationen die konfessionellen Gegensätze verschärft werden, dann tragen Sie die moralische Schuld. (Abg. Fehrenbach: Sie haben das Zentrum geschaffen.)

Der Abg. Hennig hat ferner gemeint, es sei Pflicht und Schuldigkeit der Geistlichkeit, daß sie das Volk vor der schlechten Presse warnen. Da möchte ich ihn doch daran erinnern, daß es nicht weniger als drei Männer waren, die wußten, die Presse richtig zu taxieren und sich nicht scheuten, auszusprechen, daß die wirklich schlechte Presse bei der Zentrumspresse zu suchen sei. Es war der Geistliche Rat Lender, der der Zentrumspresse das Zeugnis ausgestellt hat, das sie für alle Zeiten kennzeichnet. Ich habe nichts dagegen, daß im politischen Kampf auch scharf gekämpft wird, aber was diesem ein Schandmal aufdrückt, das ist die persönliche Schmähung und der Versuch einer schlechten Presse, politisch unliebsame Persönlichkeiten moralisch totzumachen, und ich behaupte, daß die Zentrumspresse zum größten Teil, namentlich die kleinere, diese entehrenden Eigenschaften an sich trägt. Der Pfarrer Hansjakob hat sich in gleichem Sinne ausgesprochen, als er einmal etwas tat, was den Zentrumsheerführern nicht behagte. Von anständiger Kampfesweise war keine Rede, die gehässigsten persönlichen Bemerkungen mußte er sich gefallen lassen. Sie sagen, er habe sich inzwischen bekehrt, ich glaube das nicht. Der Professor Kraus wußte auch ein Viebchen über die gute Presse zu fingen, von welcher der Kollege Hennig glaubt, es sei Pflicht der katholischen Geistlichen, den Gläubigen diese gute Presse zu empfehlen. Ich halte es geradezu für eine Annäherung, daß die Zentrumspresse sich herausnimmt, die nationalliberale Presse zum Unterschied von der eigenen Presse die schlechte Presse zu nennen. Fürwahr, um dieses Verhalten genügend zu kennzeichnen, brauchte man nicht einmal das Zeugnis von Männern wie Kraus, Lender und Hansjakob.

Der Kollege Kopf hat sich anscheinend darüber gefreut, daß der Abg. Obkircher das Zentrum mit der sehnsüchtigen Jungfrau, den Abg. Schmidt sogar mit dem Gretchen verglichen hat. Ich weiß ja nun nicht, ob Faust die Lieblingslektüre des Abg. Schmidt ist. Ich meine aber doch, es läge kein Grund vor, diesen Vergleich mit Mißfallen aufzunehmen. Der Abg. Kopf hat der Versuchung nicht widerstehen können, auch eine Art Witz auf Kosten der Nationalliberalen zu machen, indem er die nationalliberale Partei mit einer alten Jungfer verglich. Ich möchte glauben, daß der Kollege Kopf sich unter den alten Jungfern gut auskennt, besser als ich. (Heiterkeit.) Er denkt offenbar sehr schlecht über sie, denn er hat sie sogar als bissig bezeichnet. Ich will es den alten Jungfern überlassen, sich bei dem Abg. Kopf für die Komplimente, die er ihnen gemacht hat, zu bedanken. (Große Heiterkeit.) Ich meine aber, daß die nationalliberalen

alten Jungfern nicht so schlimm sind, wie die des Zentrums, namentlich die Bellschwesterin, die manchmal schrecklich sein sollen.

Der Abg. Kopf hat uns ein großes Sündenregister vorgehalten, aus dem ich nur einige allgemeine Sätze herausheben will. Beschuldigungen, wie sie der Abg. Hennig vorgebracht hat, sind eine wohlfeile Sache. Wir haben diese Zeiten nicht miterlebt, nach alle dem, was wir aber über die von dem Abg. Hennig genannten Männer wissen, dürfen wir die gegen sie erhobenen Vorwürfe auf das entschiedenste zurückweisen. Die Herren vom Zentrum sagen ja, was auch der Abg. Kopf betont hat, sie hätten keine Lust in die Regierung hineinzukommen oder gar an leitender Stelle das Land zu verwalten, sie erachteten das für das größte Unglück ihrer Partei, wenn sie an die Herrschaft kämen. Damit operieren Sie (zum Zentrum) auch bei den Wahlen und machen der nationalliberalen Partei den Vorwurf, wir wollten an die Staatskrippe kommen, wie man sich geschmackvoll ausdrückt. Allein so ist die Staatskrippe heute nicht, daß es besonders verlockend wäre, daran zu kommen. In solchen Äußerungen liegt indes eine Art Armutzeugnis, das Sie damit ihren Grundsätzen ausstellen. Sie sagen damit, daß Sie von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß es gar nicht möglich ist, mit Ihren Grundsätzen den Staat zu regieren. (Widerspruch beim Zentrum.)

Aber jede Partei im Staat hat die Verpflichtung, ihre Grundsätze und ihre politische Arbeit darnach zu gestalten, daß sie wünschenswert, diese Grundsätze im Staatsleben verwirklicht zu sehen. Ist es denn eine Sünde, wenn eine Partei, von derartigen Grundsätzen durchdrungen, auch darauf ausgeht, sie durch Männer ihrer Richtung in der Regierung vertreten zu sehen und zur Geltung zu bringen? Das ist sogar ihre vaterländische Pflicht und Schuldigkeit. Ich glaube übrigens, daß es dem Zentrum überhaupt nicht ernst ist mit seiner Erklärung. Die Trauben scheinen zurzeit noch zu sauer zu sein. Der Vorwurf der Streberei, den man gegen die nationalliberale Partei erhoben hat, richtet sich mit dem, was ich ausgeführt habe. Die Vorwürfe aber, die gegen frühere Führer unserer Partei erhoben wurden, selbstlose Männer, die, wenn sie auch von einem gesunden Ehrgeiz befeuert waren — und der gehört zum politischen Leben — hoch dastehen, sind gänzlich unbegründet. Ich habe mich gewundert, daß der Abg. Kopf den Namen des hochverdienten v. Bennigsen in den Mund genommen hat. Weiß er denn nicht, daß v. Bennigsen das Angebot des Fürsten Bismarck, ins Ministerium zu kommen, abgelehnt hat? Und unser früherer Führer Kiefer, ein Mann, dem man gewiß nicht irgend welche eigenmächtigen Bestrebungen nachsagen kann, hat sein Staatsamt seiner Ueberzeugung geopfert. Wie kann man also mit solchen Vorwürfen kommen? Das geschieht lediglich in der durchsichtigen Absicht, die nationalliberale Partei in der Vergangenheit und der Gegenwart zu verdächtigen. (Zurufe: Biographie von Jolly!) Was Baumgartner über Jolly geschrieben hat, ist zum Teil höchst einseitig und subjektiv: er hat sich bemüht gesehen, Jolly auf Kosten anderer herauszutreiben. Ich darf dies sagen, da Niemand die Verdienste Jolly's um unser Land höher schätzen kann als ich selbst.

Der nationalliberale Partei wird vorgeworfen, sie habe nichts für den liberalen Fortschritt getan und immer Kulturkampf getrieben. Wir werden ja noch beim Kulturkampf darüber zu reden haben. Ich hoffe, daß die jetzige Debatte einigermaßen zur Abklärung der Kulturbedebatten beitragen wird. (Abg. Fehrenbach: An uns soll es nicht liegen!) Unsere Volksschule als allgemeine

Schule verdankt der nationalliberalen Partei ihre Entstehung. Das Zentrum erblickt darin nichts Rühmliches. Wenn es die Macht hätte, würde es selbstverständlich an die Schule gehen. Benedey hat gesagt, wir hätten nicht einmal den Organistenparagraphen aufheben können. Er hat übersehen, daß wir etwas viel Wichtigeres, nämlich die Schule selbst, zustande gebracht haben. Hat die nationalliberale Partei nicht das Verdienst, daß wir uns eines allgemeinen gleichen Wahlrechts erfreuen? Dies muß doch auch von Benedey anerkannt werden. Dank der kräftigen Führung unsres Parteichefs sind wir jetzt zum direkten Wahlrecht übergegangen. Gut Ding will Weile haben. Wenn die Vorlage der Regierung zustande kommt, werden wir ein Wahlrecht haben, wie wir es vor zehn Jahren sicher nicht bekommen hätten. Außerdem ist die Einführung der Selbstverwaltung unser Verdienst. Ich möchte die Parteien, die uns Vorwürfe machen, bitten, zu sagen, was denn sie geleistet haben. Mit durch unsere Arbeit wurde unser Land auf eine Höhe geführt, die keinen Grund abgibt, uns unsrer politischen Entwicklung in Baden zu schämen. Wir können mit jedem deutschen Staat den Vergleich aushalten. Eine leichte Arbeit ist es nicht, einen Staat auf diese Höhe zu bringen und dort zu erhalten. Wir dürfen verlangen, daß man nicht auf die Nationalliberalen Steine wirft. Sie haben niemals den Anspruch der Unfehlbarkeit erhoben. Aber sie haben nach bestem Wissen und Gewissen ihre politische Arbeit getan, und so wollen wir auch weiter arbeiten zum Wohle unsres Landes. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Heimburger: Trotz siebentägiger Debatte haben noch nicht alle Mitglieder des Hauses ihre Meinung geäußert. Sie werden es empfinden, daß ich einem dringenden Bedürfnis entgegenkomme, wenn ich jetzt auch meine Meinung sage. Bezüglich des Solltarifs scheue ich mich mit Luß in eine Diskussion einzutreten. Er ist ein gefährlicher Gegner und kommt einem in allen Sprachen, lebenden und toten. Da steht unser eimer wie ein Waisenknaube da. Vor zwei Jahren habe ich meine Meinung über den Solltarif dargelegt. Ich rate allen Herren die sie nicht kennen, diese Rede nachzulesen.

Ich will mich in den Streit der beiden Jungfrauen nicht einmischen, der uns gestern und heute vorgeführt worden ist. Wir können es abwarten, wem der Bräutigam die Hand reichen wird und welche Jungfrau die kluge und welche die törichte gewesen ist. (Heiterkeit.)

Der Abg. Obkircher hat über die Lage des Liberalismus in Bayern und Baden gesprochen und sie unbefriedigend befunden. Er hat darauf hingewiesen, daß andere Parteien unlautere Mittel anwenden und daß viele Zentrumsstimmen nur Mitläufer seien. Die Parteien suchen alle zu beweisen, daß sie wenig Mitläufer haben. Ich wäre recht froh, wenn wir viele Mitläufer hätten, das andere wollten wir schon selber machen. (Heiterkeit.)

Aber wenn der Abg. Obkircher davon gesprochen hat, daß das Zentrum so viele Mitläufer habe und wenn er den Grund dafür in der Agitation der Geistlichkeit gesehen hat, so wäre es für ihn sehr nahe gelegen, sich zu fragen, ob nicht auch eine andere Agitation, die nicht von jener Seite ausging, recht viele Mitläufer in das Lager des Zentrums getrieben hat. Er hat mit Recht als einen Grund dafür die Agitation mit dem Fall Schwarz angeführt. Wenn er sich aber nach anderen Ursachen umgesehen hätte, dann würde ihm die merkwürdige Erscheinung in die Augen gefallen sein, daß es den Zentrumsagitatoren außerordentlich leicht gemacht ist, Stimmen für sich zu gewinnen; sie brauchten nicht vom Solltarif zu sprechen, es hatte genügt, gewisse Reden, die gegen das

Zentrum gehalten worden sind, den Wählern vorzulesen. Das ist auch eine Ursache dafür, warum die Katholiken immer einstimmiger in das Lager des Zentrums sich begeben, und man wird zur Ueberzeugung kommen, daß man zur Bekämpfung des Zentrums nicht den Weg beschreiten darf, den der Abg. Obkircher eingeschlagen hat, sondern man wird einen anderen beschreiten müssen, der die Wähler nicht massenhaft in das Lager des Zentrums treibt, und dann wird man zu der Erkenntnis kommen, daß die Kirchenpolitik, die die Nationalliberalen bisher getrieben haben, eine verfehlte war. Ich glaube, es wäre besser gewesen, man hätte mit dem Kulturkampf nicht so viel Mißbrauch getrieben, dann brauchte man auch mit dem Worte Kulturkampf nicht so viel Mißbrauch treiben.

Bezüglich der Stellung, welche die Parteien der Regierung gegenüber einzunehmen haben, ist vom Abg. Obkircher gesagt worden, sie hätten nur das Recht, Wünsche vorzutragen, und er hat gegenüber einem Zuruf des Abg. Benedey gesagt, wir hätten in Baden keinen Parlamentarismus. Wenn man eine liberale Partei sein will, dann muß man meines Erachtens notwendig den Parlamentarismus anstreben, bei dem die Volksvertretung die maßgebende Richtung angibt, in welcher es die Regierung geführt wissen will. Die Art des Parlamentarismus, wo die Führer der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit in die Regierung eintreten müssen, erstreben wir nicht. Man versteht aber auch andererseits unter Parlamentarismus das Regierungssystem, wo die Regierung sich im Einklang befinden muß mit der Mehrheit der Volksvertretung. Ich darf hierzu eine historische Erinnerung machen, aus dem schon viel zitierten Buch über den Minister Jolly. Es ist dort der Brief mitgeteilt, in welchem der Großherzog den Minister auffordert, seine Entlassung einzureichen, und der Großherzog hat dies damit motiviert, daß zwischen dem Minister und der Volksvertretung nicht mehr die wünschenswerte Uebereinstimmung bestehe und daß nach seiner Ansicht zwischen diesen beiden ein ungetriebenes Vertrauensverhältnis bestehen müsse. Das ist nichts anderes, als die parlamentarische Regierungsweise und in diesem Sinne wollen wir einen Parlamentarismus, und es ist Pflicht der liberalen Partei, einen solchen zu erstreben.

Was die Auswahl bei der Anstellung von Verwaltungsbeamten betrifft, so verurteile ich es auch, daß unter dem Beamtentum nur gewisse Parteirichtungen vertreten sein dürfen. Der Abg. Obkircher hat gesagt, daß Sozialdemokraten und Zentrum keinen Anspruch hätten, in den Verwaltungsdienst aufgenommen zu werden. Wie es mit uns Demokraten gehalten werden soll, hat er verschwiegen; ich weiß nicht, ob er uns zulassen will. Persönliches Interesse haben wir nicht daran. Der Abg. Kopf hat zwar darauf angespielt, daß wohl eine Zulassung aus dem Schweigen zu folgern sei. Ich glaube nicht daran, daß auch wir als gleichberechtigt angesehen werden, denn nicht bloß im Verwaltungsdienst nimmt man nicht gern Demokraten, wir haben es schon erleben müssen, daß auch in politisch weniger wichtigen Stellen nicht gern Demokraten gesehen werden. Als ich Professor in Karlsruhe werden sollte, hat damals die „Landeszeitung“ eine ganze Serie von Artikeln gebracht, worin schwere Bedenken erhoben wurden. Nur dem ritterlichen Eintreten des damaligen Abg. Piefer, dem ich dafür immer Dank im Herzen bewahre, hatte ich es zu verdanken, daß diese Bedenken überwunden wurden und dieses staatsgefährliche Experiment mit mir gemacht wurde. (Abg. Fehrenbach: Zum Direktor wird es wohl nicht langen!) Wir haben es ja schon sehen müssen, daß bei einer liberalen Mehrheit ein Demokrat nicht einmal Stadtschulrat werden konnte.

Der Abgeordnete Obkircher hat gefragt, wie wir uns zu den Ausführungen stellen, die der Abgeordnete Fehrenbach über die Wahlziffern gemacht hat. Dieser habe den Prozentfuß, der auf die Demokraten gefallen ist, in liebenswürdiger Weise verschwiegen, aber gemeint, diese Stimmen der Oppositionsparteien seien der Zentrumsparterie zuzuzählen. Wenn die Äußerung des Abgeordneten Fehrenbach in dieser Allgemeinheit gefallen wäre, dann wäre ihr zweifellos schon längst widersprochen worden; wenn ich aber richtig verstanden habe, dann ist es garnicht der Fall gewesen, sondern er hat angespielt auf die Klosterfrage und dabei gesagt, was diese Frage anbetrifft, so stehen auch die linksliberalen Parteien auf der Seite des Zentrums. (Abg. Kopf: Ich habe das gesagt!) In dieser engen Begrenzung gibt diese Äußerung zu einer Beanstandung keinen Anlaß. Es ist sodann das Beispiel Bayerns angeführt worden und der Abgeordnete Obkircher hat uns den Rat gegeben, zu lernen aus dem Schicksal des Liberalismus, uns, den Demokraten und Freisinnigen, er hat aber dabei unterlassen, seiner eigenen Partei den Rat zu geben, ob für sie nichts aus dem Vorgange in Bayern zu lernen ist. Eine Politik der kleinen Konzeptionen verurteile auch ich, denn sie wird nur dazu führen, daß man immer zu neuen Ansprüchen kommt und mit der heute schon so viel zitierten Jungfrau sagen muß: „Ich habe schon so viel für dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt“. Wir wollen überhaupt mit einer Politik der Konzeptionen nichts zu tun haben und wenn wir für die Klöster eintreten, dann geschieht es nicht aus Nachgiebigkeit gegenüber dem Zentrum, sondern wir tun es auf Grund unseres demokratischen freiheitlichen Programms, weil die religiöse Freiheit auch zu den Freiheiten gehört, die die Demokratie allen, nicht nur ihren Anhängern gewähren will.

Dagegen bekämpfen wir die Politik der kleinen und der großen Konzeptionen. Wird man nicht gerade von Ihrem Standpunkt aus zu einer Politik der Konzeptionen kommen oder die Regierung zu Konzeptionen zwingen? Die katholische Bevölkerung unseres Landes treibt man damit immer mehr zum Zentrum, und die Abgeordneten Ihrer Partei (zu den Nationalliberalen), die in katholischen Gegenden gewählt wurden, verdanken das lediglich dem Umstand, daß sie den Katholiken einzelne Konzeptionen machten. (Sehr richtig! beim Zentrum). Damit stärkt man nur das Zentrum und macht es mächtiger. Das führt zu Konzeptionen, die in Bayern den Liberalismus so weit gebracht haben, wie er jetzt ist. Andre Leute hätten allen Anlaß, aus diesen Vorgängen in Bayern zu lernen. Das Schicksal des dortigen Liberalismus ist ein hartes, aber kein unverdientes, zumal wenn man die Haltung der nat.-lib. Partei gegenüber der bayerischen Wahlrechtsvorlage bedenkt. Der heutige Liberalismus kann sich nur halten durch eine feste Betonung der liberalen Grundsätze, durch einen engen Zusammenschluß auch da, wo es den Anschein von Konzeptionen gewinnt. Ich kann der nationalliberalen Partei nicht zubilligen, daß sie in sich geschlossen ist. Ich gebe zu, daß sie das heute mehr ist als früher, seitdem sie in der Wahlrechtsvorlage eine Schwankung nach links gemacht hat. Dagegen gehe ich nicht so weit, daß ich sage: die wesentlichen Differenzpunkte zwischen uns sind aus dem Wege geräumt. Solcher Differenzpunkte gibt es noch manche. Wir haben vor einigen Tagen von dem Abg. Goldschmit eine Rede gehört, die nichts weniger als liberal, sondern im Gegenteil recht konservativ war und in der sogar die Forderung von Ausnahmegeetzen gegenüber der Sozialdemokratie, wie man sie neuerdings im Zirkus Busch hört, nicht gefehlt hat. Es hat mich gewundert, daß die folgenden Redner der nationalliberalen

Partei auf diese von dem Abg. Goldschmit angeführte Frage nicht eingegangen sind. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Der Abg. Goldschmit hat damit geschlossen, daß er sagte, es müßten Dämme errichtet werden. Das hat man allgemein dahin verstanden, daß er Ausnahmegeetze verlangt. Zu allem Ueberflus hat es mein Freund Benedey nachher noch ausdrücklich Ihnen vorgehalten. (Abg. Obkircher: Ich will keine Ausnahmegeetze.) Ich nehme also an, daß der Abgeordnete Obkircher ein Gegner jeder Ausnahmegeetzgebung ist. Das ist erfreulich.

Damit ist auch die Frage der einen großen politischen liberalen Partei erledigt, die wie der Abg. Luz heute behauptet hat, mein Freund Muser angeregt haben soll. Ich habe nichts davon gehört. Der Abg. Binz hat uns gereizt, über alle möglichen Fragen eine Erklärung abzugeben, so über unsere Stellung zur Monarchie. Wer aber heute in Deutschland aktuelle Politik treiben will und sich darüber grämt, ob Monarchie oder Republik, der ist kein Politiker. Wir haben heutzutage wichtigere Dinge zu erörtern. Diese Frage läßt sich auch gar nicht einfach mit ja oder nein beantworten, sondern ist eine Frage der geschichtlichen Entwicklung. Wir haben in Deutschland neben den monarchischen Staaten auch drei Republiken, mit denen wir ganz gut zusammenleben. Es gab im vorigen Jahrhundert eine Zeit, wo die Frage mehr im Vordergrund des Interesses stand. Dort war weit bis in den Liberalismus hinein die republikanische Gesinnung verbreitet. Und wenn Sie (zu den Nationalliberalen) so überzeugte Anhänger der Monarchie sind, so darf man vielleicht doch darauf hinweisen, daß manche Erscheinungen des modernen Lebens damit nicht im Einklang stehen. Eine Partei, wie die welfische, die ihrem Herrscherhause nicht nur im Glück, sondern auch im Unglück die Treue bewahrt hat, sollte dann Ihre Anerkennung finden. Gerade von der nationalliberalen Partei aber wird die welfische Partei hingestellt als wahrhaftiger „Gottseibeiuns“ und ihr aus der Anhänglichkeit des Herrscherhauses ein Vorwurf gemacht, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann.

Auf weitere Fragen, insbesondere den Schulantrag des Professors Dr. Böhlting, will ich heute nicht eingehen. Dazu wird sich noch Gelegenheit bieten. Wenn der Abg. Binz gemeint hat, die Einsicht in die Gefährlichkeit der Bestrebungen des Zentrums komme allmählich jetzt auch bei den übrigen liberalen Parteien und der Sozialdemokratie zum Durchbruch, so ist er damit auf einem falschen Weg. Diese Einsicht bestand schon lange bei uns, ebenso aber auch die Einsicht, daß der Weg, auf dem Sie bisher diesen Bestrebungen entgegengetreten sind, der der Ausnahmegeetzgebung, ein falscher ist, daß vielmehr nur auf dem vollen Boden der Freiheit und der Gerechtigkeit dieser Kampf geführt werden kann.

Gegenüber den Ausführungen des Abg. Pfefferle will ich meine über die Frage der Jagdverpachtung vor zwei Jahren gehaltene Rede nicht wiederholen. Die Frage des Militärboykotts sollte der Herr Minister nicht so einfach abweisen, wie er es kürzlich getan hat. Denn einmal ist das Ministerium des Innern auch ein Ministerium für das Gewerbe, das in einzelnen Teilen durch das Eingreifen in seine Freiheit so schwer beeinträchtigt ist. Sodann kann aber die Militärbehörde den Boykott doch wohl nur aussprechen auf Grund von Nachrichten der Verwaltungsbehörden. Goldschmit hat den Boykott verteidigt. Man soll die Soldaten nicht dahin gehen lassen, wo politische Agitation stattfindet. Aber sie auch nicht in ein Lokal gehen zu lassen, wo eine politische Versammlung stattgefunden hat, das geht doch zu weit. Jedenfalls sollte die Regierung auf die Militärverwaltung Einfluß zu ge-

winnen suchen, daß diese Eingriffe in die Gewerbefreiheit vermieden werden. Wenn der Herr Minister in Durlach die Rede gehalten hätte, die er zuletzt hier gehalten hat, wäre die Unzufriedenheit bei den Sozialdemokraten nicht so groß gewesen. Hier hat er doch auch das Gute an ihnen anerkannt. In Durlach wars doch nicht so. Da sah man nur die schwarzen Farben, das zartere Rosa ist weggeblieben. Gewiß soll dem Herrn Minister vollständige Freiheit in politischer Beziehung gewahrt werden. Aber ein landwirtschaftliches Fest ist doch keine politische Angelegenheit. Es sollen Angehörige aller Parteien daran teilnehmen. Bei einer Parteitagungsrede werden die Andersgesinnten sich verletzt fühlen oder es wird einer die Kühnheit haben, eine Rede im entgegengesetzten Sinne zu halten. Dann haben wir statt landwirtschaftlicher Feste politische Debattierklubs.

Im Fall Zeuthen hat der Herr Minister die Antwort des Angeeschuldigten verlesen. Gegen den Satz, daß der Aerger über den Ausfall der Wahl die irrigen Behauptungen über das Freibier veranlaßt habe, hat schon der Abgeordnete Kopf protestiert. Dieser Passus scheint dem Herrn Minister besonders gefallen zu haben. Mir hat er nicht gefallen. Das sind einfach schnodderige Worte. (Sehr richtig im Zentrum.)

Abg. Rohrhurst: Es läge mir sehr nahe, den Faden des Herrn Hennig weiterzuspinnen und für den evangelischen Bund, den er so scharf angegriffen hat, eine Lanze einzulegen. Für mich als Mitglied des Bundes wäre es eine Pflicht, dies zu tun. Es wäre mir auch ein leichtes, aus der reichen Literatur, die uns zu Gebote steht, nachzuweisen, wie die Stellungnahme der katholischen Kirche die Beurteilung der evangelischen Kirche u. ihrer Führer und das praktische Verhalten des katholischen Klerus der Grund war, einen evangelischen Bund zu schaffen, der die Aufgabe hat, die evangelischen Interessen zu schützen, der aber nicht bloß das Schwert führt, sondern auch die Kelle, um evangelisches Leben aufzubauen. Ich wäre versucht Protest zu erheben gegen die Behauptung des Abg. Kopf, als ob die Vertretung der christlichen Weltanschauung nur beim Zentrum zu finden sei, als ob nicht nur alle Katholiken die nicht mit dem Zentrum gehen, sondern auch alle Evangelischen davon ausgeschlossen wären.

Ich nehme für uns Evangelische in Anspruch, daß wir ebenso gute Christen sind als die Katholiken, und daß, wenn wir einmal vor dem obersten Richter einer Prüfung unterzogen werden, daß Urteil weit günstiger ausfallen wird. Ich unterlasse es aber, den Faden weiter zu spinnen. Einmal will ich dem Abgeordneten Luz nicht die Freude machen, daß Katholik und Protestant hier einander bekämpfen und er sagen kann: wir Sozialdemokraten sind doch bessere Menschen. Zum andern tue ich es nicht, um nicht einen neuen Fankapitel in die schon mehr als genug belastete Debatte hineinzuwerfen und dazu beizutragen, daß das Urteil über diese Debatte draußen im Land noch ungünstiger lautet. Nur eines will ich sagen. Der Evangelische Bund wird das Schwert in dem Augenblick niederlegen und sich auf die Kelle beschränken, wenn die katholische Kirche praktisch die To-

leranz übt, die wir unsererseits jederzeit gern zu gewähren in der Lage sind. Wir sind keine Freunde konfessionellen Kampfes und bedauern ihn. Ich will keineswegs alle Äußerungen des Evangelischen Bundes rechtfertigen. Viele gehen zu weit und lauten verlegend. Wir wollen keine konfessionellen Kämpfe führen, aber das Recht müssen wir beanspruchen, daß uns die Toleranz gewährt wird, die man einer offenen und ehrlichen Ueberzeugung gewähren muß.

Der Abg. Heimbürger hat seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß zum Vorschlag des Abgeordneten Goldschmidt betr. Ausnahmegeetze gegen die Sozialdemokratie von nationalliberaler Seite nichts gesagt worden ist. Es lag dem Kollegen Goldschmidt fern, ein Ausnahmegeetz nach Art des vergangenen zu wünschen. Er meinte Vollwerke etwa nach Art der Wahlrechtsvorlage. Ein Ausnahmegeetz wollen wir keineswegs. Wir haben aus der Geschichte die Ueberzeugung geschöpft, daß geistige Bewegungen nicht bekämpft werden können mit dem Polizeistock, sondern mit geistigen Mitteln, vor allem dadurch, daß man die Quellen der Bewegung abgräbt.

Präsident Dr. Günner: Ich wollte die Debatte heute zum Abschluß bringen. Da aber noch verschiedene Herren reden wollen, schlage ich vor, die Debatte für heute abzubrechen.

Das Haus ist damit einverstanden.

Zu persönlichen Bemerkungen erhalten noch das Wort Abg. Kopf: Ich habe keineswegs gesagt, daß die christliche Weltanschauung nur beim Zentrum vertreten ist. Ich habe gesagt, die christliche Weltanschauung sei bei den Katholiken identisch mit positiver Weltanschauung, und ich wisse nicht, ob dies auf protestantischer Seite durchweg auch so sei, wolle dies auch nicht näher untersuchen, da es mich nichts angeht.

Abg. Birkenmayer: Ich habe die Bemerkung des Abg. Binz „unter solchen Umständen“ anders aufgefaßt, als Binz dies jetzt erklärt hat. Ich habe gemeint, er wollte auf die kirchenpolitische Lage anspielen. Um alle Zweifel zu beseitigen, erkläre ich, daß auch ich jenen Ausdruck des Herrn Ministers über Wacker durchaus mißbilligt habe. Es lag aber nicht im Thema meiner Ausführungen und ich konnte erwarten, daß der Herr Fraktionschef dies richtig stellt.

Schluß der Sitzung kurz nach 2 $\frac{1}{4}$  Uhr Nachm.

\* Karlsruhe, 24. Febr. 34. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag, den 25. Februar 1904, vormittags  $\frac{1}{2}$  10 Uhr:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann Fortsetzung der Beratung des Berichts der Subkommission über das Budget des Ministeriums des Innern für 1904 und 1905. Ausgabe Titel I—VII, IX—XI, XX und XXI und Einnahme Titel I und II. — Drucksache Nr. 14. — Berichterstatter: Abg. Fehrenbach.

erwähren  
sionellen  
egs alle  
fertigen.  
Wir  
ber das  
Eoleranz  
ehrlichen

darüber  
Gold-  
mokratie  
ist. Es  
nahme-  
meinte  
e. Ein  
ben aus  
geistige  
it dem  
e allem  
bgräbt.

e heute  
Herren  
ute ab-

Wort  
h die  
rtreten  
ng sei  
nung,  
Seite  
unter-

des  
gefaßt,  
t, er  
n alle  
jenen  
chans  
einer  
Herr

g der  
stag,

iffion  
1905.  
ahme  
tter :

